

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sitzung der 3. Internationale

Mit den Großblättern:

„Der Rote Stern“, „Der Kommunistische Gewerkschäffler“, „Rote Hilfe“, „Die Kommunistin“, „Der Gewerkschäffler“, „Tribüne“, „Der Jungprolet“

Begründet von Bernhard Schötländer (März 1920 ermordet)

vom Tage

Im Beamtenauskuch der Demokratischen Partei erklärte Abgeordneter Dellius, wenn der demokratische Antrag zur Mietenschrifung nicht angenommen werde, werde nur die Polizei entscheid überleben.

Auch die Rapp-Putschler Graf Lüttwig und Major Blößl haben Klage auf Auswertung ihrer Pension eingereicht.

Die deutsch-nationale Reichstagsfraktion fordert die Einziehung eines Ausschusses zur Verfassungsrevision. Es soll ein Oberhaus eingesetzt und die Abhängigkeit der Regierung vom Reichstag aufgehoben werden.

In Köln fand ein Roter Tag statt, an dem sich 100 000 Arbeiter beteiligten.

Reichsjustizminister Marx hat eine Begründung des wegen rechtskräftiger Gebürtige zu anderthalb Jahren Gefängnis verurteilten Schauspielers Josef Gartner abgelehnt.

Die Thüringische Bergbauverwaltung in Hamborn hat knapp 3000 Bergleute entlassen. Die Kruppsche Zechenverwaltung plant Stilllegung der Zeche Hannibal II. mit laufend Bergleuten.

Das vom Reichstag angenommene Duellgesetz, das duzierende Offiziere und Beamte mit Entlassung bedroht, ist von Hindenburg nicht unterzeichnet worden.

Die politische Regierung hat ganz zehn Millionen Mark, das sind kaum fünf Millionen Mark, für Notstandsarbeiten zur Verfügung gestellt.

Die Arbeiter- und Bauernverbündungen in Bulgarien gehen trotz des Regierungswechsels mit unverminderter Stärke weiter. Die Ausrottung ganzer Familien wird gemeldet.

Der Wahlabiturient J. S. S. auf der im vergangenen Jahrhundert eroberte, droht jetzt gegen den in Englands Sold stehenden Sultan von Transjordanien vorzugehen.

Clare Linie im Volksentscheid!

Die Chemnitzer „Volksstimme“ veröffentlicht in ihrer Nr. 40 vom 17. Februar einen Leitartikel unter der Überschrift „Clare Linie im Volksentscheid“, der angeht die schwierige Haltung der sozialdemokratischen Führung die weitgehendste Beachtung verdient.

Nach einem Zitat aus Ferdinand Lassalles „Franz von Sickingen“ schreibt das Blatt:

„Aber auch die Sozialdemokratie soll in dieser großen Aktion sorgfältig darauf achten, daß das klare Ja und Nein des Volkes nicht durch ein parlamentarisches Spiel, das von den Mäzen nicht verstanden und als Taktikmittel empfunden wird, in Wernis ausgekämpft werden könnte. Gewiß ist es parlamentarisch, Gelegenheit, auch an Gelegenheiten mitzuwirken und sie nach Möglichkeit zu verbessern, wenn man sie trotzdem in der Endabstimmung ablehnen entschlossen ist. Hier aber ist die Frage, ob die bürgerliche Gelegenheit ihr Fristenabschluß, der die Angelegenheit abermals einem Drama von Risiken überweisen möchte, überhaupt verbesserungsmöglich ist.“

Nachdem der Artikelreiter eine Neuherstellung des „Berliner Tageblattes“, das sich auch gegen diesen Kompromiß entwirkt, wendete sich und darauf hinweist, daß selbst also die Demokratische Partei so urteilt, geht er auf eine sachliche Bürdigung der Gründe des Parteidurchgangs für die Mitarbeit am Kompromiß ein, um dann fortzufahren:

„Man soll diese Gründe in aller Ruhe würdigen und kritisch betrachten. Hat man das aber getan, dann kommt man, wie Ferdinand Lassalle, zu dem Ergebnis, das der „scheinbar töricht“ Verstand sich in der Tat als höchster Universalwert erweisen wird. Man sollte sich die Lage vor, in die unsere Partei kommen würde, wenn sie die Maßen zum Kampf für den Volksentscheid — der die entzündungslose Erfolglosigkeit — und damit auch zum Kampf gegen das bürgerliche Kompromiß ausspielen würde, dem unter den Abgeordneten im Reichstag selbst ihre Zustimmung gegeben haben.“

Und dieser Widerspruch in der Haltung der Landsberg, Heinz u. Co. unterstreicht der Leitartiller der „Volksstimme“ mit folgenden Worten:

„Gewiss eine motivierte Zustimmung, diese Motivierung wäre sogar, daß die Sozialdemokratie kein Ja von ihren Kämpfern aufzugeben erlaubt sei und nur aus tatsächlichen Gründen den Kopf zusammensetze. Aber glaubt man, daß die Partei das verstecken werden? Das ist es nicht als Doppeltaktik einzusehen, sondern was tatsächlich lediglich strategisches Vorsorge war? Men höre einmal in die Beichte und Kreuze: Kämpfer sind ja und die Antwort ist ein glatz Abzug dieser Taktik.“

Um aber noch zu betonen, daß diese Aussage nicht nur die der „Volksstimme“ darstellt, erwähnt der Leitartiller, der Parteivorsitzend Chemnitz-Erzgebirge des SPD, sich ebenfalls mit der ganzen Macht besetzt, alle Gründe in sich

Der Erwerbslosenfongress in Oberhausen

Gießen, 20. Februar

Gestern fand in Gießen die gemeinsame Erwerbslosenkonferenz statt, die von dem gemeinsamen Komitee aus Vertretern des ADGB, der SPD und der KPD vorbereitet war. Die Unterbezirksleitung des ADGB leitete die Konferenz, die von 135 Delegierten, darunter 124 Gewerkschaftigen, besucht war. Von den Delegierten waren 101 gewerkschaftlich organisiert und 23 unorganisiert. Als Vertreter der KPD war Genoss Röder anwesend, während vom Parteivorstand der SPD Stellung erstanden war.

Der Vorsitz der Konferenz erkannte, daß die Bezirksorganisationen des ADGB und der SPD von den zentralen Stellen aus eingehend bearbeitet worden waren. Das zeigte sich vor allem darin, daß die ADGB-Vertreter keine Beschlusssatzung über konkrete Kampfmittel nahmen, die vom ADGB-Amtstand gefordert werden sollten, zu lassen. Nachdem die ADGB-Referenten über die gewerkschaftlichen Maßnahmen und die organisatorischen Wege zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit gesprochen hatten, nahm Genoss Röder in einer halbstündigen Rede das Wort. Er zeigte die Ursachen der Wirtschaftskrise und die Notwendigkeit auf, durch einsitzliche Kampf die schweren Gefahren des Lohnabbaues, der Arbeitszeitverlängerung, der Kurzarbeit und des Erwerbslosenelends zu bekämpfen. Stellung für die SPD verzichtete auf das Wort.

Zur Diskussion wurde das Ende der Provinzorte, insbesondere der kleinen Landorte durch Ausführungen der Erwerbslosen-Ausschüsse scharf beleuchtet. Lebhafte wurden zahlreiche Beschwerden wegen unzureichender Maßnahmen der Erwerbslosenunterstützung erhoben.

Von den Beschlüssen ist wesentlich die einstimmige Namensliste einer Resolution, die gemeinsam mit der ADGB-Bekämpfung ausgearbeitet wurde, wonach in allen Orten gewerkschaftliche Erwerbslosen-Ausschüsse gebildet werden sollen. Diese Ausschüsse sollen im Deutschen Reich eine Wirkung haben. Die sogenannten „wilden“ Erwerbslosenräte werden den gewerkschaftlichen Ausschüssen als Beiräte angesetzt; jedoch soll ihre Umstellung auf gewerkschaftliche Zusammenarbeit nachdrücklich betrieben werden. Die Bildung des Bezirks-Erwerbslosenausschusses auf gewerkschaftlicher Grundlage wurde dem Vorverständen ausdrücklich überwiesen. Als nach diesen Beschlüssen die kommunalen Vertreter der Erwerbslosen auch die Abstimmung über die vorhergehenden weittragenden Anträge verlangten, wurde die Konferenz von der ADGB-Vertretung, da die Tagesordnung erschöpft sei und sie nachträgliche Abstimmungen nicht zulassen könnten, geschlossen. Vortreter berichtete unter den Erwerbslosen starke Erregung. Sicherlich sollte sich die Konferenz unter dem Gesang der Internationale auf.

Der Vorbereitende Ausschuß wird nunmehr zur Bildung des Bezirksausschusses Stellung zu nehmen haben, um dann später eine Konferenz der gewerkschaftlichen Ausschüsse zu ermöglichen.

Friedensmiete erst am 1. Juli

(Eig. Drabik) Berlin, 22. Februar

Der Steuerausschuss des Reichstags beriet am Sonnabend über den Antrag der KPD und SPD, die Heraufsetzung der gesetzlichen Miete auf 100 Prozent der Friedensmiete, die nach dem Finanzausgleich bis zum 1. April d. J. erfolgen sollte, bis zum 1. April 1927 hinzu zu zinsen.

Finanzminister Reinhold, der für seine Steuergehilfen an die Feindenden viel Geld braucht, wandte sich in äußerst scharfer Weise gegen diesen Antrag. Die Länder und Gemeinden braudten dringend das Geld, das sich aus der Steigerung der Hausinstanz ergebt. Zahlen die Mieter nicht, so kommt auch das in Ansicht genommene Wohnungsbauprogramm nicht durchgeführt werden. Bedauerlich sei es, wenn die Mieter nicht bereits nach an hundert Prozent herangebracht haben, so das jetzt am 1. April die Miete um 10 Prozent der Friedensmiete herausgezahlt werden müßte. — Die Vertreter der Länder, vor allen Dingen Preußen, aber auch Bayern, Hamburg und Sachsen, forderten in derselben Tonart unbedingt zum 1. April die hundertprozentige Miete.

leichter norm erwogen, aber dann zu der einstimmigen Auffassung gekommen ist, daß eben um des sozialen und auch des politischen Erfolges willen die Situation unter allen Umständen rein und klar gehalten werden müsse. Der Leitartiller behandelte dann weiter, daß die sozialdemokratischen Bezirksfunktionäre „sich mit aller Verantwortungstreue“ auch über die Situation klar waren, die daraus entstehen könnte, wenn alle bürgerlichen Kompromißanträge abgelehnt und nur das von der KPD und SPD eingereichte Volksbegehren und Volksentscheid durchzuführen sei. Ebenso richtig wird dann berichtet, daß „nein“ Regierung es wagen könne, gegen etwa 18 Millionen Stimmen bei einer event. Niederlage des Volksentscheids und eine im Kontr. gesetzte Arbeitserdeit hinter die Zugeständnisse zurückzugehen, die sie vorher im Reichstag zu machen gewillt war“, um dann möglichst fortzufahren:

während aber eine milde Haltung die Aktion des Volksentscheids von vornherein gefährden und der eigentl-

Genosse Hilfe zeigt, daß die Mietenschrifung wiederum vor allen Dingen das Proletariat belastet und auch die kleinen Gewerbetreibenden äußerst schwer trifft. Verstärkung des Wohnungsniedrigbaus ist ohne weiteres auch ohne erhöhte Einnahmen aus der Haushaltsteuer zu erreichen, da bisher über 75 Prozent der Haushaltsteuer von Ländern und Gemeinden zur Erleichterung der Steuerlasten für die Beschäftigten und nur 25 Prozent zur Förderung des Wohnungsneubaus verwendet werden.

Trotzdem noch einmal ein Vertreter der Preußenerregierung die rasche Angleichung der Mieten in Altwohnungen an die Mieten der neuerrichteten Wohnungen, also Verdopplung der Friedensmieten, gefordert hatte, zeigte es sich doch, daß die Bourgeoisie erst Mittel nutzt, um der sich bildenden Kampffront der Mieter entgegenzutreten zu können. Ein Antrag wurde angenommen, nach dem die Erhöhung der gesetzlichen Miete auf 100 Prozent der Friedensmiete erst am 1. Juli 1926 in Kraft treten soll.

Die Lütherregierung gegen den Volksentscheid!

(Eig. Drabik) Berlin, 22. Februar

Die Lütherregierung setzt ihre Bemühungen, den Volksentscheid zu sabotieren, fort. Am Sonntag sprach im Berliner Rundfunk ein Ministerialdirektor. Er betonte, daß jeder das Recht habe, seine ablehnende Haltung gegenüber dem Volksentscheid durch Stimmenthaltung zu befürworten. (1) Damit werde erreicht, daß die benötigte Stimmenzahl nicht aufgebracht werde und ein Erfolg des Volksentscheids nicht in Frage komme.

Hörting und Zimmer sammeln für den Zeppelin

Die Zeppelin-Gesamtspende wird nach einer Meldung der Telegraphen-Union in den verschiedensten Bezirken wiederum neu aufgezogen. Es ist nicht uninteressant, daß zu diesen Bezirken die Provinz Sachsen und der Freistaat Sachsen gehören, wo die Organisationsarbeit der Spenden durch den Oberpräsidenten Höring übernommen wurde. Auch in Niedersachsen hat der sozialdemokratische Oberpräsident Zimmer an die Sehner Organisation gestellt.

Nach den standlosen Vorgängen, die vor längerer Zeit aber die Verwendung der gesammelten Gelde in die öffentliche Leistung gebracht und auf Grund deren die Zeppelin-Gesamtspende zeitweise eingestellt werden mußte, ist die Beteiligung der Sozialdemokraten Höring und Zimmer an dieser nationalen Unternehmung um so schärfer zu verurteilen. Für den Volksentscheid für die entzündungslose Entzündung der Füsten haben beide bisher weniger Energie aufgewendet.

Sport vom Sonntag

Bremen, F. S. B. I gegen West I 3:3

Das Freundschaftsspiel stand bei sehr schlechten Bodenverhältnissen statt. Den zahlreich anwesenden Zuschauern wurde ein flottes und faire Spiel gezeigt. Kurz nach Beginn stand das Spiel zugunsten West 2:0. Doch bereits zur Halbzeit hatte F. S. B. die Führung (4:2). Nach der Pause erzielte jede Mannschaft je ein weiteres Tor.

*
Hausdorf. Der Konauer Arbeiter-Radsahrerclub „Solidarität“ veranstaltete einen gut gelungenen Familienabend. Eine Sammlung für die Rote Hilfe brachte 6,55 Mark ein.

Partei statt der ersten Reihe von Tag zu Tag zu besuchenden Kraftfeierstagen eine Kraftverminderung und Vähnigung bringen könnte, so das aus der laufenden Niederlage auch noch eine politische entstanden wäre.“

Nachdem noch im Artikel darauf hingewiesen wird, daß selbst auch nach abgelehntem Volksentscheid die bürgerlichen Parteien sehr geschwächt und durcheinander geworfen sein werden, heißt es dann zum Schluss:

„Dieser Volksentscheid birgt alles in sich, was wir uns an politischen Kardinalfragen nur denken können: Erziehung zur Verantwortlichkeit, demokratisches Examen des Volks, Demaskierung der bürgerlichen Parteien, Stellungnahme zur Republik oder zur Monarchie. Diese großen Fragen sollten wir nicht durch diplomatische Überredung in einen Nebel hüllen. Die Entscheidung ist schwer, aber sie ist grundlegend für die fernere Entwicklung.“

Das Schiedskompromiß über die Arbeitslosenunterstützung

Das Zentrum verhindert die Gewerkschaften

Die beginnen bis mit eisigerem Rausch herabzufallen an die Stelle der S.P.D. Rahmen durch den Krieg am bürgerlichen Rechtsstaat und allen im Leben zu haben. Die sozialdemokratischen Funktionäre im Reichsverband haben bei einer "Wahlkampf" der Nationalsozialisten ihres Verbandes noch nicht unten können kommen. Das sind die "neuen Politik" nur bedeuten kann, das ist die S.P.D., dabei die Dinger versteckt. Wenn der Verteilung der "Gesellschaftlichen Gütinge" zu gelten, so wird doch jeder geistige Geist der Kommission der letzten Wochen zu geben müssen, und die S.P.D. mit ihren alarmierenden Hinweisen auf das Vergessen der Vandenberg, Deine u. Co. jüdischen Vertrags im Recht war und heute noch ist.

So lebt wie diese offene Stellungnahme der Chemnitzer Sozialisten, müssen wir doch darauf hinweisen, daß es der gegenwärtigen Kraft der sozialdemokratischen Arbeiterarbeit, um der vor Vollbewegung zum Volksentscheid fahrenden Haltung der S.P.D.-Führer, mit Erfolg entgegenzutreten.

Aus den Ausschüssen

Verhandlungen um das Reichsausbildungsgefecht

(Eig. Druckb.) Berlin, 22. Februar.

Die Reichsausbildungsverhandlungen über das Reichsausbildungsgesetz nehmen infolge der immerwährenden Versuche der Regierung und der Unternehmervertreter, ihre gesamten Rechte auszuweiten unter Fach und Fach zu bringen, einen sehr unerträglichen Verlauf. Nach schwedischen Beratungen sind die §§ 25 und 26 welche die Invalidenpension und die Bezugsgage regeln, erledigt worden. Die Regierung hat als Ausgleich für die Gewährung der Frauenrente eine Umgestaltung der Pensionierung vorgeschlagen. Von kommunistischer Seite wurde beantragt, Verpflichtete, die das 45. Lebensjahr vollendet haben, zwanzig Dienstjahre mit legender Arbeit in knapphaften Betrieben beschäftigt waren und keine gleichwertige Lohnarbeit mehr verrichten, als zwanzig Dienstjahre anzusehen. Hat ein Versicherter mehr als zwanzig Dienstjahre aufzuweisen, so sind diese den Steigerungsbeträgen voll anzurechnen. Der Antrag wurde mit den Stimmen des Zentrums und der S.P.D. abgelehnt. Angenommen wurde folgender Antrag:

"Die Invalidenpension besteht aus einem Grundbetrag und aus Steigerungsbeträgen.

Der Grundbetrag wird in der gleichen Höhe gewährt, in der er für die reichsgerichtliche Invalidenversicherung festgelegt ist.

Der Steigerungsbetrag wird in Prozenten des Endbetrags jeder Lohnklasse gewährt, in welcher das Mitglied Beiträge entrichtet hat; dabei gilt als Endbetrag der Lohnklasse VII der Beitrag von 225 Reichsmark. Für die ersten sechzig nachgewiesenen Beitragsmonate wird der Steigerungsbetrag auf 1 vom Hundert, für die weiteren sechzig Beitragsmonate auf 1 vom Hundert und für die weiteren einhundertachtzig Beitragsmonate auf 1,85 vom Hundert festgesetzt."

Damit ist die frühere Bestimmung, daß die Rente nach 25 Dienstjahren 40 Prozent des Hauerdurchschnittslohnes beträgt, befeitigt und die Rente nach den Lohnklassen des Besitzerten gezahlt. Mit Hilfe des Zentrums ist jedoch noch die geltende Rente befeitigt worden.

Der Degen des Dahmestapitals

Die "Westortentfernung" des Jungdeutschen Ordens

Der Jungdeutsche Orden, dessen Hochmeister der Oberstleutnant a. D. Maibaur ist, war in den früheren Jahren eine Freiwilligenorganisation, die nicht nur in regler Fähigkeit mit dem "Stahlhelm" und dem "Wehrwolf" arbeitet, sondern auch mit den extremen Hitlerleuten. Zu Mitteldeutschland und Thüringen waren vielfach die Ortsmitglieder zugleich Mitglieder der Nationalsozialisten und der Pößnischen.

Die Entwicklung der letzten Jahre, die zu einer starken Zersetzung der faßhaften Verbände und zu einer vollkommenen Umwandlung ihrer politischen Rolle führte, wurde sich auch sehr rasch innerhalb des Jungdeutschen Ordens ans. Mehr und mehr marxierte der Orden unter Führung Maibaur's im Schleppen der Davies- und Lorraine-Politik, in Zeichen der kapitalistischen Leidenschaft und der Unwendung der Ideologie der kleinbürgerlichen Rassen in den Jahren, in denen die Davies-Orde über Deutschland strahlte. Der Jungdeutsche Orden wohnt wohl allen agierenden nationalsozialistischen Verbänden die Entwicklung, so vor den Putschplänen nach dem Münster-Hitlers und Rappos loszulösen. Programmatisch lagte August Maibaur in einem Artikel ("Der Jungdeutsche" vom 9. Februar 1926), die Zukunft des Ordens eine hohe "Anerkennung gegen jedes Abenteuer und jedes politische Glückspiel". Der Jungdeutsche Orden will ohne "Glück sie" die "viele" Politik des Davies-Ordes unterdrücken.

Seit der Verlegung der Leitung nach Berlin trat die Zukunft des Jungdeutschen Ordens nach eigenem Eingeständnis, in die engste Füllung mit den bekannten Großadmiralstränen Arnold Reichberg und August Maibaur. Dieses Maibaur, der einer der geschicktesten rottischen Schieber innerhalb der deutschen Kapitalistensklave ist, schafft die eigene "Jungdeutsche Identität". Seine wahren Ziele, die er als "Verteidigung unserer Rasse" bezeichnet, sind eben als großer Außenpolitiker. So kam die Unterordnung Maibaur's mit den Vertretern des französischen Imperialismus zusammen. Reichberg und Maibaur gründeten, ja dieser Unterordnung wurde die Unterordnung einer Politik des deutsch-französischen Kapitalistensklaventums durch den Jungdeutschen Orden eingesetzt, bezeugt.

Mehrere Röhl'sche Berichte zeigen den Reichberg im "Jungdeutschen" vom 13. Februar 1926, wo er die Richtung seiner Politik selbst folgerichtigem kennzeichnet:

"Reichberg hofft auf Maibaur und den General Goblet, Hoffmann und Co. (Kommandeur des Generalstabsoffizierkorps) zusammen. Das Ziel dieser Richtung ist die Bildung einer Art Großdeutschland nach Deutschland gegen den Sozialismus.

Reichberg zeigt in diesem Artikel, wie diese Politik konzipiert war: nach englischen und französischen Geschäftsträgern in Berlin unterzubringen, daß der englische Minister Sir Hugh Ward, der englische General Sir Sam Milford und hohe Offiziere des englischen Generalstabs, durch Reichberg's Verbindung den Generalstabsoffizierkorps und den Generalstab im Zusammenhang mit jenen Truppen eine Einheit für den Polizeiaufstand, Frieden und Frieden gegen den Polizeiaufstand schaffen. Und im Sondertrupp der Generalstabsoffizierkorps Leibstandart, Reichberg hat für dieses seinen Hauptquartier des Generalstabsoffizierkorps im Leibstandart des Generalstabsoffizierkorps stehen, bei dem beide nach dieser antikommunistischen Einstellung zu dem Ziel seiner Politik eingekettet. Er ist der reaktionäre Kern jeder "Konsolidierung". Er ist für das Staatsrecht der berüchtigten Kapitalistensklave mit den französischen Kapitalisten bei angemessener beständiger Kapitalbeschaffung und der Vermehrung des französischen Imperialismus. Er zeigt, was er den "Gott des Friedens" zu halten hat.

Das Schiedskompromiß über die Arbeitslosenunterstützung

Das Zentrum verhindert die Gewerkschaften

(Eig. Druckb.) Berlin, 22. Februar.

In der Entscheidung des Reichstages wurden das deutschnationale soziale Handelskabinett sowie die Gewerkschaften und die Gewerkschaften wie unten wiedergeben, befehllos angenommen.

Dann folgte die Verabschiedung des am Freitag gefassten Reichstages des Kaisers als sozialer Sicherung, der die Gewerkschaften und die Gewerkschaften wie unten wiedergeben, befehllos angenommen. Diese Verabschiedung soll für den 4. und 5. ausgestellten Arbeitstag den Tagessohn betrachten. Ferner wird die Reichsregierung in einer Entschließung aufgefordert, mit allem Nachdruck bei den Ländern dahin zu wirken, daß eine unberechtigte Benutzung der Erwerbslosenfürsorge befreit und jede Möglichkeit zur Arbeitsaufsuchung wahr genommen wird". Aufbau einer (Soz.) als Verhinderung bezeichnet den Beschluss als einen erheblichen Fortschritt.

Daraus sprach für die S.P.D. Thomann. Entgegen alle sonstigen rottigen Propagandas der Davies- und Lorraine-Partei kann jedoch die S.P.D. als eine euronrale Kavallerie. Man müsse die Wirtschaftsgruppe als Sozialist ansehen und erkennen, daß sie den Bestand des Kapitalismus bedroht und beweist, wie unhaltbar die kapitalistische Herrschaft geworden ist. Nieder die Vertretung der Interessen der Gewerkschaften in Tagessäufen müsse man als Sozialist davon festhalten, daß die kapitalistische Herrschaft verschwinden muß, die der Menschheit immer mehr zum Glück wird!

Das wahre Gesicht des Zentrums zeigte sich in der folgenden Rede der Frau Teutsch. Sie gab sich allergrößte Mühe, den Umsatz des Zentrums mit seiner Stellung als Regierungspartei zu begründen. Ihre größte Sorge ist, daß durch die Unterstützungs erhöhung aus wirtschaftlichen und lohnpolitischen Gründen der Lohn nur so nicht überschritten werden darf, da sonst die Arbeitswolligkeit leiden könnte. (!) Das Zentrum habe die Erhöhung der Unterstützung für die Ortsklassen B und C abgelehnt, um dem ländlichen Arbeiterschlaf abzuhelfen und weil die auf dem Lande wohnenden Arbeiter die frische Luft und andere Vorteile hätten. (!)

Auf die Heuchelei des Zentrums antwortete in gebührender Weise Genove Raade. Er forderte Frau Teutsch auf, den Erwerbslosen doch einmal vorzutragen, wie eine Familie mit 13,90 Mark in der Woche 10 Mark für Wohnungsmiete ausgeben und mit dem Rest leben soll! Der Antrag bezieht sich nichts als eine Erhöhung der Erwerbslosen, eine Provovierung der arbeitenden Massen.

Nach Ablehnung der weitergehenden kommunistischen und sozialdemokratischen Anträge werden die Ausführungen gegen die Stimmen der Kommunisten, die Entschließung gegen den "Missbrauch" der Fürsorge gegen die Kommunisten und Sozialdemokraten angenommen.

In der folgenden Weiterberatung des Staates des Reichsarbeitsministeriums stellte Genove Tiedt an Brauns nochmals genau präzisiert die Frage, ob die in der vorigen Sitzung angeführte Gegenüberstellung der Starkost-mäßigten Invalidenrenten mit den Beurten der Offiziere und Prinzen, die von Brauns als "Zerrbild" bezeichnet worden waren, den tatsächlichen entspricht oder nicht. Dass kategorischer Wiederholung der Frage schwieg Brauns. Bei der Beprüfung des Schlußwesens bestand Genove Tiedt folgenden Ziffern mit: Der Reichstag willigt das arbeiterradikale Verhalten des Reichsarbeitsminis-

teriums, das bei Lohn- und Arbeitszeitkämpfen sowie bei sozialen Arbeitskampfleitungen durch die gegen die Gewerkschaften getätigten Schiedsgerüche fortgesetzt zum Ausdruck kommt. In einer großen Zahl von Beispielen zeigt er, wie das Arbeitsministerium den Unternehmensangriff, der sich nach Herauslösung der Löhne auf ein Minimum gegen die Arbeitszeit richtet, unterstützt. Ministerialdirektor Schleicher entdankt ihm, daß man das Arbeitsministerium nicht für alle Schiedsgerüche verantwortlich machen könne. — Weiterberatung Montag, den 1. März.

Zur Rückerstattung zu viel bezahlter Lohnsteuern

Das oben erwähnte vom Reichstag angenommene Gesetz zur Vereinfachung der Lohnsteuer lautet in seinen wichtigsten Bestimmungen über Zurückerstattung zu viel bezahlter Lohnsteuer:

Wenn eine Veranlagung für 1925 nicht erfolgt, sind Steuerabzüge, die vom Arbeitslohn abgehalten worden sind, auf Antrag zu erstatten, wenn

1. infolge Verdienstausfalls der steuerfreie Lohnbetrag im Höhe von 860 Reichsmark berücksichtigt worden ist,
2. besondere wirtschaftliche Verhältnisse der im § 86 bezeichneten Art vorliegen, soweit sie nicht schon durch Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages berücksichtigt worden sind.

Dies gilt auch, wenn der Arbeitslohn nicht für einen bestimmten Zeitraum gezahlt worden ist und der Steuerabzug nach § 74 erfolgt ist.

Im Falle des Ab. I Nr. 1 ist einem Arbeitnehmer der glaubhaft macht, daß bei ihm infolge Verdienstausfalls der steuerfreie Lohnbetrag nicht in Höhe von 860 Reichsmark berücksichtigt worden ist, auf Antrag für jede volle Woche des Verdienstausfalls.

a) wenn es sich um einen lebigen, kinderlos verheirateten oder kinderlos verwitweten Arbeitnehmer handelt ein Betrag von 2 Reichsmark;

b) wenn es sich um einen verheirateten oder verwitweten Arbeitnehmer mit einem oder zwei minderjährigen Kindern handelt, ein Betrag von 2,50 Reichsmark;

c) wenn es sich um einen verheirateten oder verwitweten Arbeitnehmer mit nicht als zwei minderjährigen Kindern handelt, ein Betrag von 3 Reichsmark.

zu erhalten. Acht volle Stunden werden einem Tag, sechs volle Tage einer Woche vier volle Wochen einem Monat gleichgestellt. Für den Familiestand ist der Stand am 10. Oktober 1925 maßgebend.

Die Anträge nach § 2 müssen spätestens bis zum 30. April 1926 eingereicht sein.

Als Nachweis des Verdienstausfalls kann im Falle der Krankheit eine Beleidigung der Krankenfasse, im Falle der Erwerbslosigkeit der Auspeitschung oder des Streits die Erwerbslosenkontrolle eine Beleidigung der Erwerbslosen fürsorge eines Berufsverbandes oder des Arbeitgebers an erkannt werden.

Der zu erstattende Betrag darf die Höhe der einbehalteten Steuerabzüge nicht übersteigen; Jahresbetrag unter vier Reichsmark werden nicht erstattet.

Die "Schließungswesen" bestätigt die Höhe der einbehalteten Steuerabzüge nicht übersteigen; Jahresbetrag unter vier Reichsmark werden nicht erstattet.

Millionenschwindel eines sächsischen Großgrundbesitzers

Aus Saarland wird von der bürgerlichen Presse gemeldet, Einen in die Millionen gehenden Kreditenschwindel hat der Rittergutsbesitzer Bergner in Neuwaldau getrieben indem es Hunderte von Gläubigern um ihre Parkele holt. Bergner sind 500 Betrugsfälle bekanntgeworden. Gegen das Ehepaar sind nicht weniger als 1.600 Käufe schlecht erlassen worden. Das Zwischenhaus lebte zuerst in Berlin und gab in dortigen und auswärtigen Zeitungen Kreditgeschäfte auf, mit dem Versprechen hoher Zinsen. Zahllose Fälle wurde die Wohnungseinrichtung verpfändet. Weiter gab sich Bergner als Besitzer eines Gutes bei Margrabowa aus und verpfändete dieses Gut. Später kaufte er sich das Rittergut Neuwaldau und nahm darauf einen Kredit von 200.000 Mark auf. Frau Bergner ist verhaftet.

Lasset die Kinderln zu mir kommen...

Die "Frankfurter Volksstimme" berichtet:

"In der Haustür des Bischofs der Michaelskirche in Fulda heißt der langjährige Kanzler der bishöflichen Kammer Hieronymus Gutberlet, nach seiner Pensionierung Aufstellung als Küster gefunden. Als Küster bewies er ein besonderes Interesse an der weiblichen Schuljugend, das nach Verlauf von einigen Monaten der „Kinderfreund“ mit den § 176 des Strafgesetzbuches in Konflikt stand. Unter Verprechungen von Süßigkeiten, verstand es der Frömmling, zehn bis zwölfjährige Mädchen in die unterirdischen Gewölbe, die Krypta, zu laden, um ihnen angeblich die Sehenswürdigkeiten der alten Kathedrale mit unterirdischer Krypta zu zeigen. Dort hat sich der 65 Jahre alte Kämmerer an verschiedene Mädchen unwillkürlich verzangen. Die Sach kam zu Anzeige, und jetzt stand Gutberlet vor dem großen Schöffengericht wegen Sittlichkeitsverbrechen. Das Urteil lautete auf 7 Monate Gefängnis. In der Urteilsbegründung wurde als Strafverschaffend hervorgehoben, daß der Angeklagte die anständlichen Handlungen an geweihten Orte begangen habe. Gutberlet ist als ein eifriger Kirchengänger und Städtebauproponent bei den übrigen Katholiken gut bekannt. Das hinderte ihn jedoch nicht, sich dem Teufel zu stellen."

Gegen diese Durchführung des Christusworts Gieche Wehrhöft! heißt nur die Gieche ist der Kinder vom Religion unterrichtet!

Kündigung der Gemeindewahlen!

Der Gemeindewahlrecht hat ausgedient. Es kann der Größe und Gewalt des entarteten Deutschen Reiches nicht entsprechen, dass die Wahlberechtigten der Gemeinde das Wahlergebnis bestimmen, das alle Wahlberechtigten der Gemeinde hat erzielen können. Die Eintragungspflicht muss ja teilweise sein, das auch die beruflich tätigen Bürgerinnen die Eintragungspflicht haben. Unsere Genossen haben die Willkür. Diese Maßnahmen der Gemeinden zu kontrollieren.

Eintragungspflicht ist die Pflicht, in die Eltern ihres Wahlberechtigten, der in seinem Wohnort in die Wahlteilnahme eingetragen ist. Wer bei der letzten Reichstags- oder Deutschen Wahl gewählt hat, steht in den Wählervlisten. Alle anderen Wahlberechtigten können bei ihrer Gemeindewahl nachfragen, ob sie jahrs alt geworden sind, aber erst jetzt in die Gemeinde neu zugewogen sind, ob sie in die amtlichen Wahlzettel aufgenommen worden sind.

Wer während der Eintragungspflicht nicht in seinem Wohnort anwesend ist, kann sich vor seiner Abreise oder durch seine Angehörigen gegen Vorlage des Meldebelegs einen Wahlchein (wie bei der Reichstagswahl) ausstellen lassen und kann mit diesem Schein auch in anderen Gemeinden seine Eintragung in die Liste vornehmen.

Die Eintragung kann nur an den amtlichen Stellen vorgenommen erfolgen. Eine Sammlung von Unterschriften ist zwecklos. Es empfiehlt sich, zu der Eintragung vollzählig Ausweispapiere (Pass oder Meldebeleg) mitzunehmen.

Die Eintragung wird geleistet von einem Beamten, der durch die Gemeindewahrzeige bestimmt ist. Die Eintragung ist öffentlich. Unsere Genossen können während der ganzen Zeit der Eintragung im Voraus anwenden und die Auszahlung überwachen.

In Gemeinden, in denen die Infektion von Kranken- und Pflegeanstalten (öffentliche oder private Krankenhäuser, über Kliniken, Lazarette, Entbindungsanstalten, Wohlfahrtsanstalten, Pfleugewerken, Erholungsheime) keinen Abstimmungsrat außerhalb der Anstalt aufsuchen können, müssen nach § 39 der Reichstagsordnung vom 14. März 1924 die Eintragungssilten in der Anstalt ausgelegt werden und die Eintragungspflicht den Anstaltsinsassen besammt gegeben werden.

Unterjuchungsgefangene und Strafgefangene (mit Ausnahme der politischen Schutzhaft gefangen) sind nicht stimmberechtigt. Desgleichen die Angehörigen der Reichswehr und der Marine. Dagegen sind die Landespolizeibeamten (Schupo, Sipo, Gendarmerie usw.) stimmberechtigt.

**Aus den Kerlen des weißen Terrors in Deutschland
Die Gleiwitzer politischen Gefangenen an ihre russischen Brüder**

An die Teambahndraffner der Straßenbahnen in Stalingrad.

Teure Brüder!

Trotz der Bosheit und Feigen Hinterlist, mit der die Henker der weißen Justiz bestellt sind, uns von unseren Genossen, die heut an der Spitze des deutschen Proletariats zum entscheidenden Schlag gegen diese blutbesudelte Gesellschaft rüsten, zu isolieren, betrachten wir es erst recht als unsere Pflicht, die Verbindung mit der kämpfenden Arbeiterschaft und darüber hinaus mit dem internationalen Proletariat aufrechtzuhalten. Besonders unsere Presse, ist sogar die Mittelblätter der Roten Hilfe werden uns verweigert. Dank der engen Zusammenarbeit mit den Genossen aus Gleiwitz

wir erneut an euren großen Wahlberechtigten der Eltern sowie Beamten Überredungen zu leisten, so werden wir eure Freiheit auch Eurem Grabe zu legen, das wir nach unserer Meinung der Freiheit der Freien Republik der Wehrkraut beginnen, um dem Jot und jeder verrückten Gesellschaft gegenüber für uns einzutreten. Ich bin nicht mit Worten beworben, nur durch das Ziel können wir uns Eurer Liebe und Eurer Vertrautheit würdig erweisen. So wie Euer unerschütterliches Vertrauen auf Eure eigene Kraft, trotz der barbarischen Reichsgrenze! Und durch die Einheitsidee des Nationalsozialismus zum Sieg führt, so habt auch wir den neuen Glauhen, dass die Arbeiterschaft bald ihr Banner auf den Ruinen der zusammenbrechenden bürgerlichen Gesellschaft aufstellen wird. Durch die Jetz der schwierigen Revolution führt das deutsche Proletariat zur letzten Schlacht. Die mutlose Großlager der bürgerlichen Bourgeoisie bringt die Arbeiterschaft zur Verunsicherung. Zwei Millionen Arbeitslose hat Deutschland und täglich werden noch Tausende auf die Straße geworfen. Die noch im Produktionsprozess stehenden arbeiten unter den härtesten Bedingungen 12 bis 14 Stunden täglich. Unter diesen Verhältnissen schließen sich die Reihen der Einheitsfront trotz des beständigen Strudelns der Verschwörer, die der 2. Internationale angehören. Die bürgerliche Regierung, der Kaiser-Bourgeoisie ist unschlüssig, das Gelöbnis der kommenden Revolution zu halten. Die Schiedemann, Noske und Komforten waren auch diesmal wieder zur Rettung dieser verfaulten Gesellschaft bereit, wurden aber durch das energische Auftreten der Massen davon gehindert, ein Erfolg, der hauptsächlich derstellaren Politik unserer Partei zu verdanken ist. Trotz der schwersten Krisen, die die R.P.D. zu belasten hat, ist sie die einzige Arbeiterpartei, die in den Massen immer mehr Vertrauen gewinnt. Gestern drang die Runde zu uns, da dem Rufe der Partei, gegen die unverschämten Forderungen des „Deserteurs von Gottes Gnaden“, des Ex-Kaisers, zu demonstrieren, in Berlin allein 200 000 Arbeiter gefolgt sind. Ebenso fanden in allen Teilen des Reichs mächtige Kundgebungen unter Führung der Partei statt, wobei leider auch an verschiedenen Stellen durch die welchen Garden Arbeiterblut vergossen wurde. Doch das Mal ist schon lange voll und der Tag der Generalsabrechnung rückt immer näher. Daß unter diesen Verhältnissen uns unser Los besonders schwer fällt, werdet Ihr, teure Brüder, aus eigener Erfahrung wissen. Uns alle betrifft nur ein Wunsch, mitzuhelfen an dem großen Werk, so wie es uns unsere großen Führer Marx und Lenin gelehrt haben. Bald wird auch bei uns der Tag anbrechen, an dem das deutsche Proletariat sein Erbantreten wird und den freien Arbeitern der U.S.S.R. zum ewigen Bunde die Hände reicht.

„Es lebe die Weltrevolution! Es lebe das Bündnis des internationalen Proletariats!“

Aus Reihen der brüderlichen Grüße
Eure Genossen.

Belegschaftsversammlung der Zichgrube in Weißstein
(Von unserem Betriebsberichterstattet.)

Die am 16. d. Ms. einberufene Belegschaftsversammlung erfreute sich eines guten Besuches. Kollege Hanisch gab den Tätigkeitsbericht der Betriebsräte vom Jahre 1925. Manches Kollegen Handlungswise wurde dabei schwer gerügt, indem sie sich durch schmückende Handlungen ihr eigenes Grab gruben. Im vorigen Jahre sind auf der Zichgrube 90 000 Uebeschichten verfahren worden.

Der Bezirksleiter Hoffmann gab u. a. auch einen Bericht von der Lohnordnung, wobei er aus bereits geführten Prozessen anführt, wie notwendig es ist, daß jeder Kamerad sich organisiere und wieviel schon auf dem Rückweg zu ihrem Recht verholfen wurde. Unorganisiert ist jeder den Unternehmer preisgegeben und schwankendes Rohr im Winde. Unter Berücksichtigung lamen Beschwerden aus dem Betrieb zur Sprache, welche Kollege Honisch zergliederte und eventuell weiterleiten wird.

Verlag und Geschäftsleitung

An unsere Inserenten

Das von der demokratischen und sozialdemokratischen Partei eingehaltene Volksbegärtchen, dessen Titelblatt nun mehr für die Zeit vom 4.-17. März festgelegt ist, wird zweifellos bei der gesamten Bevölkerung große Aufmerksamkeit und reges Interesse hervorrufen.

Wir haben beschlossen, am Sonnabend, dem 7. März, eine

Sondernummer für Volksbegärtchen

herauszugeben, die in **verdecktem Umfang** das gesamte, die Fürstenfrage in Deutschland betreffende Material publizieren soll. Da nach den Erfahrungen der letzten Wochen solche Veröffentlichungen das größte Interesse in allen Schichten der Bevölkerung finden, erscheint diese Sondernummer in einer

Auflage von 100 000 Stück

Sie findet während der gesamten Dauer des vierzehntäglichen Volksbegärtens Verbreitung und bleibt somit eine selten wiederkehrende Gelegenheit, durch wirksame Inseration die Augen großer Massen auf unsere Inserenten zu lenken. Der Verlag ist bereit, durch Berücksichtigung besonderer Wünsche, in Bezug auf Plazierung usw., den Inserenten weitgehend entgegen zu kommen.

Bei dem zu erwartenden Andrang der Inserate empfiehlt es sich, dieselben bis Mittwoch, den 4. März aufzugeben.

Betriebsstilllegungen und Arbeitslosigkeit im Kreise Görlitz

Ein Arbeiter aus Sadisch schreibt uns: Als einziger arbeitet hier die Dierig-Fabrik voll, bis auf die Spuler, die nur fünf Tage arbeiten. Das Sägewerk ist stillgelegt. Die Schreinerei und Schmiede sind verpachtet. Zigarrenfabrik Tschirbenec arbeitet nur drei Tage. Das Bauhandwerk ruht so ähnlich vollständig im ganzen Kreise. In Schalen muhten die Erwerbslosen für die Unterstützung Steine brechen gehen. Sogar das Dominium Göllnitz hat Kurzarbeit eingesetzt, obwohl vergangenen Herbst wegen Arbeitsmangel zwei Zeichmieten von 47 und 35 Morgen in Sadisch stehen gelassen wurden.

Verantwortlich für den gesamten Teil: Paul Adelt, Breslau; für die Inserate: Arthur Müller, Breslau. — Verlag: Schlesische Verlageges. C. L. GmbH, Breslau. Druck: Neupag, Berlin, Filz, Breslau.

Schauspielhaus

Breslau Operettenbühne
Telephon Stephan 37 460

Montag, Mittwoch
Donnerstag u.
Sonnabend, 8 Uhr:
Gastspiel Eily Leux

Auftreten Walter Jankuhn

Die Teresina

Dienstag abends 8 Uhr:
Gastspiel Eily Leux

Auftreten Walter Jankuhn

Der Orlow

Freitag abend 8 Uhr
Gastspiel Eily Leux

Auftreten Walter Jankuhn

Zum 50. Male: Der Orlow

billiger Verkauf im Spezialgeschäft

**Beiffedern
Draenen**
am Waterlooplatz — Reit Leben —
Gegenbahn wird vergütet.

Stadt-Theater Breslau

Telephon Ring 1254 u. 6815
Spielplan vom 21. bis 28. Februar

Sonntag, vormittags 11½ Uhr
Symphoniekonzert

zum Besten des Pensionsfonds des
Stadttheater-Orchesters

abends 7½ Uhr
In vollständiger Neuinszenierung

Rigoletto

Montag, abends 7½ Uhr
Carneval in Rom

Dienstag, abends 7 Uhr
Der Rosenkavalier

Mittwoch, nachm. 3 Uhr
Vorstellung für die Erwachsenen
(Kein Kartenvorlauf)

Undine

abends 7½ Uhr
Cost fan tutte

Donnerstag, abends 8 Uhr
Der Ring des Nibelungen

Zweiter Tag: Siegfried

Freitag, abends 7½ Uhr
Rigoletto

Sonnabend, abends 6½ Uhr
Die Meistersinger von Nürnberg

Sonntag, vormittags 11½ Uhr
Einführungsspiel
(in 2 Aufführungen)

Der Tanz im Waldel der Seelen

2. Abteilung
Von der Blütezeit des Balletts bis zur

Gegenwart
(Kleine Preise)

nachmittags 3½ Uhr
Nachmittagsvorstellung zu ermäßigten

Preisen

Der liegende Holländer

abends 7½ Uhr
Semper

Liebich Theater

Internat. Varieté
Breslau

Tel. Stephan 34 646

1.-28. Febr. 1926

Täglich 8 Uhr

2

Sensations-

Galtspiele

mit

To Rhama

das größte Rätsel

Kali

Sandwina

genannt:

Der weibliche

Breitbart

Lobetheater

Der fröhliche Weinberg

Sonnabend,

30. 2., 8 Uhr

Sonntag,

21. 2., 11½ Uhr

8½ Uhr

8 Uhr

Montag

22. 2., 8 Uhr

Dienstag

23. 2., 8 Uhr

Mittwoch

24. 2., 8 Uhr

Donnerstag

25. 2., 8 Uhr

Freitag

26. 2., 8 Uhr

Sonnabend

27. 2., 8 Uhr

Sonntag

28. 2., 8½ Uhr

8 Uhr

Montag

29. 2., 8 Uhr

Der fröhliche Weinberg

Thaliatheater

Der Diener zweier Herren

Sonnabend,

30. 2., 8 Uhr

Sonntag,

31. 2., 8 Uhr

Der Kreidetanz

Montag

1. 3., 8 Uhr

Der Kreidetanz

Dienstag

2. 3., 8 Uhr

Der Kreidetanz

Montag

3. 3., 8 Uhr

Der Kreidetanz

Dienstag

4. 3., 8 Uhr

Der Kreidetanz

Montag

5. 3., 8 Uhr

Führer durch die Geschäftswelt iur Waldenburg u. Umgegend.

Ober - Salzbrunn

Oskar Reigber
Gärtnerwaren
Arbeiter-Konfektion
Bad Salzbrunn

Wilhelm Walter
Bäckerei
Fürstensteiner Straße 32

Julius Juss
Kolonialwaren
Fürstensteiner Straße 16

Alfred Berger
Fleisch- und Wurst-Geschäft
Bad Salzbrunn

Blumenau

Lebensmittel und Tabakwaren
J. Hornig
Ober-Tannhäuser Nr. 5

Gottfried Gissert, Blumenau 19
Lebensmittel Tabakwaren
Spirituosen

Anna Thielesch
Obst — Gemüse — Vorkostwaren
Blumenau 27.

Waldenburg

Ernst Hafke
Schuhmachermeister
Gottesberger Straße 1, II. Etage
Billigste Bezugssquelle in
Schuhwaren aller Art
Kein Laden, Kein Laden.

Rößfleischerei

Franz Häusler
Mühlenstr. 24 :: Tel. 654

Landeshut

Schuhwarenhaus
PAUL WIESNER
Wilmersdorfer Straße 3
Spezialität: Arbeitsschuhe

H. Rosenstein
am Niedertor
Likörfabrik
Zigarren - Zigaretten

Adolf Schwarzer
Brauerei
Bäckerei :: Kolonialwaren
Zigarren — Zigaretten

Glas, Porzellan und Steinzeug
L. Guttmann's Nachf.
Fritz Hanke, Fleischergeschäft
Suppenküche Perleustrasse 2

Siegfried Barasch
Sträßchen
Damen- u. Herren-Konfektion
Schuhe, Hüte, Mützen
Schnittwaren

Rößfleischerei Hermann Franz
Fleisch- und Wurstwaren
Willy Graetz, Friseurgeschäft
Schlesienstr. 32

Germann Alberte
Kolonialwaren
Zigarren, Zigaretten

Alfred Blaschke
Fleischwaren 31
Lebensmittel, Färz., Porzellan-
waren — Raumwaren

Weißstein

Ernst Giersch
Möbel, Bettfedern

Arbeiter-Bekleidung
und Schuhwaren

Weißstein, Mittelstr. 4

R. Thiel Nachf. E. Michaelis
Arbeiterbekleidung
Hut- und Mützenlager

Spezialgeschäft
für Naturheilpräparate
Hauptstraße 63

Ernst Lante, Weißstein
Reste und Parfümeriewaren
Porzellan u. Topfwaren

Freiburg

Conrad Werner

Fleischerel und Wurst - Fabrik
Frühstückstube
Ritterstraße 16

Richard Burkert
Bäckerei
Konditorei und Bestellgeschäft
Striegauer Straße 10

Carl Müller

Neumarkt 11, Bahnhofstrasse 18
Kaffee-Hörterei mit elektrischem Betrieb
Lebensmittel, Spirituosen
Weine und Tabakwaren

H. Giersch

Arbeiter-Bekleidung und Schuhwaren
Kramstagasse 10

Artur Scherbarth
Bäckerei u. Konditorei
Landeshuter Straße 45.

M. Sittenfeld, Jauer

Billigste, feste Preise

?

Max Berger

Blücherstraße 24
Buchdruckerei
u. Papierhandlung

Alois Zimmermann

Brot, Weiß- u. Feinkäsekrei
Spezialität:
Gute Hansbäckebrot

Wurstwaren-Geschäft

Wilhelm Brühl

Sträßchen 3

Kaufhaus R. Hanke

Weißstein

W. Schweitzer & Sohn

Spezialhaus
für Schuhwaren, Leder und
Bedarfsortikel

Weißstein und Bad Salzbrunn

Ernst Schubert

Kolonialwaren

Delikatessen

Erich Dresel

Landeshuter Straße 13
Manufakturwaren

Damen-, Herren-,
Kinderkonfektion

Gustav Kothe

Fleischerei und Wurstgeschäft
Burgstraße 4.

Ernst Steiner, Burgstraße 8

Schuhwaren
in belampter Güte zu billigen Preisen
Masch. u. Reparaturwerkstatt

Kolonialwaren

E. Seidel

Sandstraße Nr. 2

Owald Bräuer

Landeshuter Straße 55

Fleisch- u. Wurstwaren

Paul Brix, Waldenburger Str. 32

Lebensmittel - Tabakwaren - Spirituosen

Jauer

B. Landmann

Obstfabrik
Wein-Großhandlung

Zigarren - Import

Schokoladen, Konfitüren

Süßigkeiten kaufen Sie gut
und preiswert bei dem

Margarete Neumann

normal 1 Bill. Gramm. Ring 24

Emil Bruchmann

Vorkost-
Obst- und Gemüsehandlung

Karl Kaßner, Altjauerstr.

Kolonialwaren

Zigarren, Zigaretten, Tabake

Fritz Knoll

Fahräder - Nähmaschinen
Ersatzteile, Reparaturen

Gneisenaustr. 5 C

A. G. Lindner

Bäckerei

Hennmarkt 12

Schlesische Zigarrenfabriken G. m. b. H.

kaufen Sie

Zigarren, Zigaretten, Tabake

in unseren Filialen:

Waldenburg, Ring 12 + Görlitz, Waldenburger Straße 31

Görlitz, Alte Bahnhofstr. 4 - Schweidnitz, Langstraße 20

Schweidnitz

Martin Grüber

Lebensmittel, Früchte, Obst, Grünzeug und Geflügel, Getreide aller Art, Gewürze, Spezialitäten, Süßigkeiten u. Druckwaren aller Art, Delikatäts-Spezialitäten, Zigarettenfabrik etc.

Gläserne und Reparatur-Werkstätten

Wirtschaft, 10/18 neben Gold Blatt

Salzgebrot zu haben bei

Waldemarler Langstraße 60

Arbeitskeller, kaufen Sie gut u. billig bei

Ernst Kümpf

Lebensmittelhandlung

A. Nährlich, Breslauer Straße 34.

Niesel's Altwaren-Geschäft

Büttnerstraße 22

Rossmühle

Fritz Wenzel's

Fleischerei und Frühstückstube

Büttnerstraße 12

Reserviert

C. Leopold, Langstr. 8

Fleischerei und Wurstfabrik

Frühstückstube

H. Hielscher Nachf.

Kolonialwaren

Hohstraße 1

Polsnitz

Oskar Hensel

Polsnitz 17

Fleischerei u. Wurstgeschäft

Wüstegiersdorf

Adolf Blümel

Gemüsewaren

Wüstegiersdorf 148

Eduard Richter & Sohn

Kolonialwaren, Tabakwaren, Spirituosen

Fürstensteinerstraße 14

Rößfleischerei

Karl Martin, Felsenhammer

Görlitz, Fürstensteinerstr. 33

Ober-Waldenburg, Kirchstr. 19

Alois Kreisel

Hieberstraße 18

Kari-, Wolle u. Schnittwaren

empfiehlt sich

als billigte Bezugssquelle

Fleisch- und Wurstwaren

Paul Hoffmann

Grüssauer Straße 47

II. Standort der Bewegung

wenn Du einen

Geschäftsmann unterstützt,

der nicht in

Deiner Zeitung

injected!

Nieder-Hermendorf

Emil Bunzel

Kolonialwaren

Spirituosen

Westhaus G. Hornig

Bettledern

Woll- und Wollwaren

Dittersbach

Wilhelm Langer

Hauptstraße 28

Steissöbel und Wurstgeschäft

Richard Simon

Hauptstraße 208

Fleisch- und Wurstwaren

Striegau</b

Römisch-katholische Gemeindesitzungen zum Gemeindebebauungsplan 1928

Der Rat der Stadt Siegen.

Bei der Ausstellung der städtischen Pläne für den Gemeindebebauungsplan des Jahres 1928 beschäftigen sich jetzt schon andere Gemeinden. Die Beratungen in den Kommissionen werden demnächst ihren Anfang nehmen.

Ein Finanzausgleich soll Reich, Land und Gemeinde aus den Steuern befreien. Die Mittelstandsbürgertum, welches Deutschland aus dem Dawesplan übernommen hat, erkennt von Arbeitern, sollen durch Steuerbeitreibungen der Gemeinde gebettet werden. Die Gemeinde als Gerichtsvollzieher für Land und Reich!!! Diese vereinbarten Einkommen- und Grundwerbessteuer, die Gemeinde kann Aufsicht erheben. Gegen das reaktionäre Treiben des Gesetzgebers hat die Gemeinde einen entschlossenen Kampf zu führen. Wir haben das Selbstverwaltungsprinzip der Gemeinde folgend zu verfechten, die durch die Gemeinde erholten Steuern sind dieser zu belassen. Unsere Mindestforderung ist, daß prozentual der größere Teil von Staatsteuern der Gemeinde verbleibt. In einem solchen Falle könnte eine Staatregierung nicht wie bisher, Industriellen und Großagrarien Übermillionen verschaffen, für Rennsport 15 Millionen und für die Belastung der Jugendverbündete nur 100 000 Mark im Etat anzeigen. Achsel des Treibens einer Gemeinde ist dem Arbeiter greifbar, das reaktionäre Handeln der Verwaltungsinstitutionen liegt dann offener und so würde es manchem Arbeiter zur Erkenntnis gelangen, daß es höchste Zeit ist, den Hebel an diese Wirtschaft anzusehen.

Dem Etat der sozialen Fürsorge werden wir insbesondere unsere Aufmerksamkeit schenken. Jede Hilfsbedürftigen in der Gemeinde das Existenzminimum, genügende Ernährung und Erfahrung! Jede künstliche Herabsetzung der Zahl von Hilfsbedürftigen bekämpfen wir auf das schärfste. Das Gegenteil müssen wir fordern. Die Zahl der Hilfsbedürftigen muß höher angehoben und diesbezüglich die Summe im Etat angegeben werden. In den Jahren 1927 werden Erwerbslosigkeit, Elend der Sozial- und Kleinrentner, der Armen, der hilfsbedürftigen Mütter, Säuglinge, Invaliden usw. bestimmt nicht geringer.

Der Etat für Bauwesen muß Summen vorsehen, welche der Gemeinde ermöglichen einen umfangreichen Bau von Arbeiterwohnungen durchzuführen. Zu berücksichtigen haben wir dabei die Zahl der Wohnungslösen (der wohnungssuchenden Flüchtlinge in Oberschlesien). Ganz entschieden wenden wir uns gegen das Bestreben der Gemeinden, den Wohnungsbau aus dem Etat zu streichen und dafür die private Bauwirtschaft mit Gemeindegebäuden zu unterstützen. Die Profitrate für den Privatunternehmer fällt fort, wenn die Gemeinde selbst baut. Verbilligung der Baukosten und der Mieten ist hierbei der Zweck unseres Kampfes!

Dem Steueraufwand wenden wir uns besonders zu. Erfassung der Inflations- und Spekulationsgewinne durch eine Wertzuwachssteuer. Hohe Luxussteuern. Ablehnung der Haussatzsteuer, der dem Landtag im Entwurf vorliegenden Gebäudeentstehungssteuer. Ablehnung aller Steuern, die durch Umlage die Mieterhaft nur belasten. Steuerliche Entlastung der Kleinbauern, Kleinhändler, Ablehnung aller Steuern, welche die Arbeitskraft unmittelbar belasten (geplante Fischzugssteuer vom 1. 4. 1928, auch auf Arbeitseinkommen) ebenso Steuern, die den Konsum belasten und die Verteuerung der täglichen Bedarfsartikel zur Folge haben. Von Fall zu Fall werden wir untersuchen, ob die kleinen Steuern: Lustbarkeitssteuer, Hundesteuer usw., aus Zweckmäßigkeitsgründen anzunehmen, zu erhöhen oder abzulehnen sind. Unser Steuerkampf ist gerichtet auf die Entlastung des werttätigen Volkes und aufs Erfassen des Grobgrundbesitzes des Kapitals für die Steuerhoheit der Kommune! Gegen die Entreditung durch den Staat.

Die Finanzwirtschaft der Gemeinde ist ein Kapitel für sich. Wenn wir auf der einen Seite fordern, größere

Erlöse aus den Staatssteuern, so haben wir andererseits dafür bereit zu eilen, daß mit den Gemeindesteuern nicht Gemeinde getrieben wird. Was die Vergabe von Wahlen, Wahlen, auf die Gemeinde ist zu setzen. Überprüfung und Aburteil zu erhalten. Wir bekämpfen die Verlängerung des Galions an Ortschaften. In Verbindung damit steht auch die Zusage der Gemeindebauten und Straßen. In welchem Maße können die Gemeindesteuern zu diesen Geldmitteln? Wer bekommt Täfelchen? Es sind dies Gelder aus den Guibaken der kleinen Städte und eventl. der Gemeinde! Die bürgerliche Weltgesellschaft belässt gegenüber der Öffentlichkeit Phasen der Ehrengeschichte. Sie schafft sich aber Rundale, um ungünstige Umstände zu kommen. In inniger Verbindung mit den Arbeitern und Angestellten in den Gemeindebetrieben liebernd, muß der kommunistische Gemeindevertreter neben dem Kampf um höhere Löhne und den Arbeitstag auch das Eintraten, daß die Betriebsvertretungen (Arbeiter- und Angestelltenräte) in den Kommunen Sitze und Stimme haben, um so die Arbeiter der Gemeindeständig unterrichten zu können.

Die Privatwirtschaft ist drauf und dran, den Gemeinden Grund und Boden unter verschiedenen Vorwänden



Die Illigen Ratgeber

und Mägden abzujagen. Schärft müssen wir dagegen Front machen. Dafür sorgen wir aber für eine Verbilligung der Gemeindeprodukte (Gas, Wasser, Licht) an Minderbemittelte. Es muss möglich sein, Unbemittelte, Erwerbslose von diesen Abgaben zu befreien. Mit Vorsicht ergibt sich die bürgerliche Gesellschaft an Etatspositionen: Patronatsbeitrag, Teno, Königl. Schützen-Gilde, Streifabwehrfonds, Sonstige Ausgaben, Polizeietat usw. Hinweg mit diesem Plunder. Streichung aller clerikalisch-arbeiterfeindlichen Positionen und Etats. Die Polizei stellt sich die Arbeiterkraft selbst!

Die Etatsberatungen im allgemeinen geben dem Arbeiter Gelegenheit, zu beobachten, wie das Kapital besteht ist, sich zu festigen, sich die Machtpositionen auszubauen. Sind die Regierungen im Reich und Land freue Vertreterinnen der internationalen kapitalistischen Ausbeutung, so sollen die Gemeinden ihre willigen Werkzeuge sein. Unsere Aufgabe ist es, die Arbeiterkraft auf diese Kampfstellung der Bourgeoisie hinzuweisen. Außenparlamentarische Aktionen der Arbeiter müssen unseren parlamentarischen Kämpfen das Leben geben. Die Kommunalpolitische Arbeit hat viel zu hängeln und Schlingengewächse. Das darf und wird uns nicht beitreten.

Stadt kommt Sacco und Vanzetti!

Um fast Jahren her zu einer anderen Stadt ist ein sehr merkwürdiges und ungewöhnliches Ereignis geschehen. Ein großer Teil des internationalen Kapitalismus und seine politischen Künste vom Ende dieses Jahrhunderts bis zum Ende des letzten Jahrhunderts und darüber hinaus hat die Sache Sacco und Vanzetti ausgeweitet.

Die Geschichte Saccos und Vanzettis ist die Geschichte der imperialistischen Politik, die es war, die sie aus dem Staat des Internationalen Kapitalismus und seiner politischen Künsten vom Ende dieses Jahrhunderts bis zum Ende des letzten Jahrhunderts und darüber hinaus hat die Sache Sacco und Vanzetti ausgeweitet.

Am 15. April 1920 wurde im Staat Massachusetts in der Nähe der Stadt Boston bei Dahlberg einer Gangster von beiden ermordet und verhaftet. Der Werkstätte eines gewissen Sacco und Vanzetti lag noch keine Verbindung vor, obwohl man das Zusammenhang gegen ihn offiziell aufgestellt hatte.

Auf Grund dieser Tatsachen schienen Sacco und Vanzetti in den Augen der Polizei die gesuchten "Täter" in der Mordeklasse des Jahrmeisters. Sie wurden des Mordes angeklagt und in einem alten Rechtshofsprechenden Verfahren zum Tode durch den elektrischen Stuhl verurteilt. In dem Prozeß erschienen

die niedrigsten Elemente des Verbrecherwelt als gefundene Zeugen der Anklage.

Elemente, die in einem normalen Strafprozeß sofort als unglaublich verdächtig würden würden. Ein Pferdeblech, gegen einen diechihsanzeige, schwere Gewalt, machte schwere Verhandlungen und wurde daraufhin bedingt begnadigt. Entlastungszeugen dagegen wurden sowohl nur irgend möglich von der Verhandlung ferngehalten. Ein Augenzeuge des Bandenkörpers mit Namen Gould, der die Geschlechter der Banditen genau gelesen und sogar von ihnen angeholt worden war, erschien nicht als Zeuge, der seine Adels nur der Anklageverwertung und nicht der Vertheidigung bestand. Erst nach der Fällung des Todesurteils gelang es der Verteidigung, Gould zu ermitteln und ihn Sacco und Vanzetti gegenüberzustellen. Er erklärte, daß beide keinesfalls mit den Banditen identisch seien könnten.

Nach der Verkündigung des Todesurteils lebte spontan eine gewalige Protestkampagne der Arbeiterbewegung ein. Nicht nur in den Vereinigten Staaten, sondern auch in den kleinsten Ländern Mittel- und Südamerikas und in Europa erhob sich ein mächtiger Sturm. In Europa begann der Prozeß mit einer großen Demonstration in Leningrad und setzte sich fort in Massenversammlungen vor den amerikanischen Konsulaten der europäischen Hauptstädte. In vielen Städten wurden die diplomatischen Vertretungen der Vereinigten Staaten von den entsprechenden Massenaufrufern bedroht. Unter dem Einfluß dieser Massenbewegung wagte die amerikanische Justiz nicht, das Todesurteil gegen Sacco und Vanzetti zu vollstreuen.

Die Verteidigung des Prozesses richtete im Laufe der folgenden drei Jahre fünf verschiedene Wiederaufnahmen an den Richter Thayer, in dessen Händen der Fall lag. Im Oktober 1921 wurden alle fünf Anträge vom Richter Thayer abgelehnt. Damit standen Sacco und Vanzetti erneut vor der Hinrichtung. Wieder riefte der internationale Protest ein. Die Arbeiterpreise Europas, besonders der romanischen Länder, behordete den Fall Sacco und Vanzetti täglich in wortlangen Artikeln. Massenversammlungen und Demonstrationen fanden wieder vor den amerikanischen diplomatischen Vertretungen statt. Wieder wurde die Hinrichtung aufgehoben.

Endlich ist es den Verteidigern gelungen, eine erneute Verhandlung des Falles vor dem Obersten Gerichtshof des Staates Massachusetts zu erreichen. Die Verhandlung ist bereits im Gang. Ihr Ausgang wird endgültig über Tod und Leben der beiden nun schon seit fünf Jahren unthalig im Gefängnis einschließenden Arbeiter entscheiden.

Auf so hohen unzähligen Böden kann nur eine neroenüberreiche Frau bauen. Eine wahre, seientine Frauennatur wird und muß sich einen anderen Weg suchen. Und um ihn zu finden, wollen wir Frauen des Volkes zusammen kämpfen in reiner, treuer Arbeit und uns so die Achtung und die Liebe der Männer erringen. Denn wo Achtung ist, ist auch der Grundstein zur Liebe gelegt. Welche Frau aber würde ihren Mann einen Tyrannen nennen, wenn er sie achtet und liebt?

Sie werden freudig zusammen kämpfen an dem großen Werke der Menschenbefreiung — kämpfen, um uns von der Sklaventat zu erlösen, die seit unzähligen Zeiten von der herrschenden Klaue geschmiedet wird, und die auch in diesem Kriege wieder Millionen von Menschenleben zu Grunde rückte.

Die Verfasserin gehört nicht zum Volk. Der arbeitsreiche Garten ist nicht für sie. Ihr Hauch würde uns die mühsam gezogenen Früchte verdorren. Ihr Schwert würde nicht die unruhigen Schoklinge abhauen sondern den Garten verwüstet.

Als die Zeitung am Sonntag erschien, war mein Mann ganz außer Acht und fasste dieselbe zusammen und schlug mich damit ins Gesicht, und warf sie dann in den glühenden Ofen.

Ich war ganz entsetzt über die verachte Wirkung, die der Artikel bei ihm hervorgerufen hatte, denn ich hatte mir heimlich selbst von diesen Schreien viel versprochen — hatte aber nicht bedacht, daß all die Selbstständigkeit und löslich überdachte Lebensauffassung ihm mehr verriet als mir, daß der Tag nun da war, der auch mich befreite — an dem ich endlich die Faust, die mich vor dem Altar in ihre Gewalt gezwungen hatte, abdrückte.

Ich war in mir selbst reiz geworden und das fürchtete er mehr als meine Drohung mit einer Trennung. Frauen drohen ja so oft mit solchen Worten, sind aber zur Ausführung meistens zu schwach — förperlich und geistig.

Und ich war geistig so entsetzt, daß ich den müden Körper im Bett gehalten habe, Wollen mit emporhob.

Den Schlag ins Gesicht batte ich weg, den nahm mir keiner mehr ab — und nun, da er mir eine solche Gewalttat erst einmal herausgekommen hatte, verzog er es oft wieder. Da verzog er ich mit im Herzen, daß ein Mann, der seine Hand zum Schlag gegen mich erhebt, von mir keine Wege mehr zu erwarten hätte, die mir die Liebe geben soll.

Da folgte eine Zeit, die ich in Wörtern nicht einzudrücken kann, denn vieles ist zu niedrig und gemein, als daß es ausgesprochen werden könnte.

— Nur das will ich noch ausdrücken, daß seit zwölfer Straßenräuber gemeinsam und schamloser eine hofflose Frau überfallen kam, die ich von meinem eigenen Gemahne ertragen mußte. Und bei der allerletzten Attacke, die vorher ich alle Bejähung und Hoffnung wieder gegeben habe.

Auch könnte doch im Leben eine Zeit kommen, wo jeder Sieghaber jedes Rauschmännchen verläßt. Was dann?

Von fünf

zu fünf...

Roman einer Frau

SS] Von Anna Meyenberg — Der Malik-Verlag, Berlin

Das Glück der Mutterhaft ist groß. — Die rechte, kinderlose Fürstin ist eine Bettlerin gegen die armste, glückliche Mutter.

Und gerade die Mütter sind es, die den Kampf am schärfsten führen müssen, denn sie werden am schwersten von dem Slavenjoch gedrückt. Wir wollen aber unserer Kampf nicht gegen das männliche Geschlecht richten, sondern gegen die Geiste, gegen die althergebrachten Anhäufungen, gegen die Not, die uns zu Slaven der Arbeit und der Familie macht. Gegen die Schmarotzer, die von den Früchten unserer Arbeit leben — gegen die Drophnen, die den Honig der Arbeitskraft vergären — gegen die Drohnen, die den Honig der Arbeitskraft vergären.

Und da liegt das Grundübel, das an der ganzen Menschheit zieht.

Das ist der Schmutz des Romans: „... b... die S....“

Erst wenn wir Frauen unabhängig vom Manne leben können, wird auch die Schmach der tönlichen Liebe, das Laster, nicht mehr so häßlich zu jmden sein. Jede Frau, die sich auf ihre eigene Kraft verlassen kann, fühlt sich stolz und frei und wird aus eigenem Stolze sich nicht so leicht zum Laster ernebrigten.

Diese materielle Befreiung aber muß einen festen Grund und Boden haben. Sie darf sich nicht auf einen Götter — einen Rauschmänner

niedersetzen. Und nicht jede Frau kann sich der Kunst widmen. Und nicht jede Frau hat den Charakter, von Gewissen leben zu wollen... Auf diesem Wege kommen wir der Befreiung nicht aus den Fingern...

Die Verfasserin hat das Beste vergeben: Die ehrlieche Arbeit, durch die allein wir in stand sind, wenn auch nur zeitweise, unseren Idealen zu leben.

Denn sie allein weift der Not des Tages. Die Verfasserin hat das Selbstverständliche vergeben: die Pflicht, ohne die wir Menschen nicht in der Freude mit unseren Mitmenschen leben können. Denn je größer der Egoismus in der Welt wird, um so schwerer wird das Los der Frau.

Auch könnte doch im Leben eine Zeit kommen, wo jeder Sieghaber jedes Rauschmännchen verläßt. Was dann?

Aus Betrieb und Werkstatt

Betriebszellen und Volksbegehrten

Wir brauen die politischen Minde ab, die Gewalt im „Vorleser“ Nr. 3 zur Verteilung des Kampfes gegen das Stacheldraht gibt. Ein Woch

2. etlichen Maßnahmen, die jede Zelle zur Durchführung des Kurses geben unmittelbar ließen sich, in die Verteilung der Kampagne innerhalb der Parteimitgliedschaft. Das J.R. hat Ratschläge gegeben, daß in allen Gruppen sofort informatorische Sitzungen für die lebenden Funktionen stattfinden. Nachdrücklich an diese Abhandlung muß jede Leitung den Plan der Kampagne in ihrem Betrieb ausarbeiten, von einer Mitgliederversammlung der Zelle vorlegen und die Weisheit verteilen. Von den alten Möglichkeiten der Agitation im Betrieb, die ja nach der Struktur des Betriebes verschieden sind, wollen wir die wichtigsten als Ansätze aufzählen.

1. Die Betriebsbelegschaft des Betriebes wird entsprechend der Struktur des Betriebes und der Größe der Zelle an die Mitglieder der Zelle verteilt, so daß jeder Genosse eine bestimmte Anzahl von Kollegen persönlich zu bearbeiten hat. Zu dieser Arbeit können auch die Sympathisierenden, Mitglieder des ADGB, der Roten Hilfe u.a. herangezogen werden. Die Genossen haben den Auftrag, möglichst mit diesen Kollegen die Leitung durchzugeben, ihnen das Agitationsmaterial (Flugblätter, Handzettel, Zeitungen) zu übergeben, ihre Stimmung und Stellung zu erforschen und an die Leitung (Agt.-prop.-Zelle) über ihre Erfolge oder Misserfolge zu berichten.

2. Eine wahllose Verteilung des Materials ist nach Möglichkeit zu vermeiden. Nur in den Betrieben, in denen wir sehr schwach vertreten sind oder in denen keine Kommunisten arbeiten, sollen von den Straßenzellen vor dem Betrieb die Flugblätter usw. verteilt werden.

3. Jede Betriebszelle muß sich als Ziel sehen, eine eigene Zelleleitung herauszubringen. Diese Zeitung soll zwar zum großen Teil die Vorläufe im Betriebe behandeln, sie muß aber ihrem Inhalt nach auf unsere Kampagne zugewandt sein und den Kampf gegen die Kästenabbindung mit unserem allgemeinen Kampf gegen die Verblendung verbinden.

4. Für die Kampagne ist eine besondere Broschüre und entsprechende Sondernummern des „Knipper“ und der „Arbeiter-Musikanten“ erschienen. Es muß möglich sein, in jedem Betriebe dieses Material umzulegen und dadurch den Grundstock zu legen für die Organisation der Literatur-Kolportage. Daneben kommt der Betrieb der Parteidreiecke in Frage.

5. Die Partei kann nur einen verhältnismäßig geringen Teil Material herausgeben. Die Zellen sollen versuchen, in ihrem Betrieb für das Volksbegehrten Geldsammlungen durchzuführen und von dem aufgebrachten Gelde weiteres Agitationsmaterial kaufen. Jedes Flugblatt, jeder Handzettel u.w. enthält eine Fahnnote, in der angegeben ist, wo und zu welchem Preis weitere Exemplare gekauft werden können. Außerdem ist die Selbstfertigung von Agitationsmaterial zu organisieren. Die hierzu befähigten Genossen, Sympathisierenden sind für die Herstellung von Transparenten, Klebezetteln, Schablonen zusammenzufassen. Kurze, schlagwortartige Parolen werden zu dieser Zweck in der Parteidreiecke veröffentlicht.

6. Jede Zelle soll in Zusammenarbeit mit den Straßenzellen und den umliegenden Betrieben Verbindung aufnehmen zur Durchführung gemeinsamer Aktionen.

7. Die Angeleiteten und Freunde des Betriebes müssen besonders bearbeitet werden. Grade die Kästenabbindung bietet eine gute Gelegenheit, diese zum Teil noch bürgerlich, teils monarchistisch eingekleideten Schichten zu gewinnen.

8. Betriebe, in denen Frauen arbeiten, müssen besonders geeignete Genossen und Genossinnen abkommandieren für die Agitation unter den Frauen. Hier ist eine günstige Gelegenheit, die Sympathien bis weit in die Kreise der bisher indifferenten Frauen zu erweitern.

9. Es genügt nicht, daß die Agitation im Betriebe geführt wird. Es muß verhindert werden, die Anhänger des Volksbegehrten dazu zu bringen, daß sie in allen Organisationen, denen sie angehören, auch Kultur- und Sportvereinigungen, für das Volksbegehrten und den Kampf gegen die Verblendung eintreten. Unsere Genossen müssen ihnen zu diesem Zweck entsprechendes Agitationsmaterial liefern. Das Ziel ist, daß wir einen möglichst großen Kreis von Organisationen zur zustimmenden Stellungnahme bringen und daß diese sich den bestürzten oder verständnislosen für die Durchführung des Volksbegehrten anschließen. Eventuell muß der Betrieb solchen Versammlungen Referenten oder Diskussionsredner leihen.

10. In Verbindung mit der örtlichen Leitung soll jeder Betrieb während der Kampagne an einem Sonntag eine Kundgebung durchführen. Diese Möglichkeit wird zentral ein Tag hierfür eingerichtet.

11. Über die Ergebnisse der Agitation ist fortlaufend der Ortsleitung und der Parteidreiecke Bericht zu erstatten. Vor allem müssen Berichte über Versammlungen, Reden, Revolutionen, das Auftreten der Gegner u.w. möglichst werden.

12. Mit der Kampagne schließen werden nach unserer Parteidreiecke-Aktion, die für den Monat Februar verlängert worden ist.

Die vorgesehnen Maßnahmen müssen je nach den Verhältnissen im Betrieb ergänzt werden. Es gibt kein Schema für die Agitation. Sie ist notwendig in, daß jede Leitung das Schmerzgefühl

auf die Organisation der Arbeit

legt. Ihre kleine organisierte Agitation, die alle Mittel und Kräfte plausibel ausnutzt, werden wir einen großen Erfolg nicht erreichen.

Beckhämung der Arbeiter bei Bäcker Wallheim, Breslau

(Von unserem Betriebsberichterstauffer)

Im Herbst 1923 gab die Firma an, über 100 jungen Gehilfen einzustellen, um zunächst die Arbeit auszufüllen zu können. Bald darauf machten die Arbeitnehmer auf die Aussicht der Firma und ihrer Willkür klagen. Ingolstadt fiel der Rausch des Kapitalismus, so daß die Arbeitnehmer durch die verdeckte Zahlung ihres Lohnes am Arbeitsvertrag etwas betrogen wurden. Gestellte es sich plausibel heraus, daß die Bezeichnung über größte Rechte vom Justizminister gestellt. Dieses brachte sie erneut als Schadensersatz. Beide Seiten schieden aus der Aussicht für die Arbeitnehmer über ihren Verdienst im vergangenen Jahre aus 20 Millionen Mark ausgestellt.

Um noch nicht weiterzutun, so 1923 die Firma teilnahm nicht in der Lage war, die Firma zunächst anspruch, und infolge schwerer Unfälle, die jetzt in Form der eingesetzten Ziffern in Tafel 11 die Bezeichnung dieser Firma als einziges Zeichen einer direkten Bekämpfung der Arbeit.

Der Streit in den Görlitzer Stadtgütern

(Von unserem Betriebsberichterstauffer)

Paul Weiß, der zwei Jahre nach Ausbruch einer kleinen Diktatur, der Arbeitern in seiner Zeitungsredaktion und Redakteur, seit 1. Januar 1924 den Direktor des Z.G. Görlitzer Nachrichten und Zeitungen. Dieses Blatt hat ein finanzielles Dokument. Das Görlitzer Nachrichten wollte mir die Mannschaften nicht verschaffen. Bezeichnete er es, daß keine Zukunft erfolgte, als die größte Zeitung im Sachsen sicherlich öffentlich den Vertrag aufzuforderte, die Zahl der zahlenden Abonnenten zu senken.

Der Verband des Deutschen Buchdruckers zählt rund 6000 Mitglieder, die größte „C.-genossen“ Buchdruckergruppe, der in Breslau Wohnort war, zählt ungefähr 2000 Abonnenten, deren Christlichkeit mehrheitlich ist als eine Gemeinde gehört. Im Hause bei Zell hat es viele geblieben verblieben, mehrere der unbekannte hinausgezogenen und unbekannte eingebürgerte eingezogen. Der (noch dazu jemals kommunistische) Betriebsrat war ihm von jenseits ein Dorn im Auge. Sein „Schiff“ falle, ebenfalls ein großer Kapitalist in Breslau, dem die Gewerbeunion in den Gewerkschaftsräten einer ADGB-Bruderschaft verboten gelang, spielt sehr im Deutschen Nationalen Gewerbeverein die große Rolle und geht mit seinem hohen Herrn durch Ost und West. Mit dem Anfang der Christlichen beginn Schmuck und Schmuckerei. Der Rollendose, Lunge, ein alter Mann, reiste mit dem Basisfeldbau wie ein Landbaudurchsichter durch die Bude. Als Witterungsrecht steht er sich in dem Geschäft herum und ist nach seiner eigenen Aussage unentbehrlich. Wenn dieser neue Kapitalist einmal sterben sollte, dann wird die Firma wohl ihre Pforten schließen müssen. Jetzt Christliche verloren durch Rollendose die willkürliche Entlastung eines 25 Jahre bei der Firma tätigen geweckten Bruders. Am 2. Februar traten die „Volks“ wegen willkürlicher Entlastung des Betriebsmannes und wegen sozialer Fehler. Werbung des Thretors, den Betriebsrat anzutreten, in den Zell. Auf diesen Moment lauerte Herr Weiß schon längst. Innerhalb drei Tagen hatte er acht Christliche eingestellt. Von den Streitenden waren fünf Angestellte umgefallen. Tag und Nacht wurde gearbeitet, um den Betrieb aufrechtzuhalten. Eine Stahlhelmstrasse auch als Streitbrecherin. Die Herren Streitbrecher sind durchweg eiserne Leute. Einer wurde während des Krieges wegen Diebstahl von einer kanalisierten Frau herausgeschmissen, der andere hat eine „Haushunderei“ und bemüht dazu die Schriften seines Bruders. Um letzten Freitag kam es zur Einigung: rechtlich 20 Streitende einschließlich des Betriebsrates bleibend draußen, darunter Familienvater, die Jahrzehnte bei der Firma tätig waren. Den Streitbrechern wurde sehr

geradeso viel, alle davon in der neuen Firma einer Miete darüber hinaus entzogen als Betriebsräteleiter zu. Ganz oben ist „Jugend“, „Jugend“, „Jugend“, „Jugend“, „Jugend“, „Jugend“, „Jugend“.

Nachruf der Firma Ritter & Co. in Görlitz

(Von unserem Betriebsberichterstauffer)

Bei dieser Firma werden in der Spule ein 15 Minuten für den „Büro“ und Stundenlohn von 17-20 Pf. belohnt. Seit Kurzem ist es nun die Bürouberkeit wieder eingeführt worden und zwar so daß infolge des schlechten Materials bei aufdringlicher Arbeitsspitze zwischen Arbeit und Stundenlohn eine Differenz von 75 Pf. entsteht. Da bei der Röntgenabteilung nun die Arbeitnehmer erklärt, daß sie unter diesen Umständen den Arbeit verweigern und die Stundenlohn forderten, wurde ihnen von dem Stellvertretenden Chef, Herrn Böhlke, erklärt: „Wenn Ihr nun nicht nach den bördigen Vorwürfen richten wollt, so dann danke!“ und schlug ihnen die Firma vor der Haft zu.“ Darauf verlangten vier Männer die Papiere.

Als der Mann einer Arbeitnehmerin Herrn Böhlke nochmals darauf aufmerksam machte, daß laut Reichsmantelstraf bei jedem Arbeitmissbrauch der Stundenlohn garantiert werden muß, erklärte Herr Böhlke, daß höchstens bei gutem Material darf die Arbeitnehmerbleiben bleibt, und die Arbeitnehmer dann dadurch das Verlorene wieder einkehren könnten. Weiter noch die Firma seit drei Jahren mit 14jährigen Mädchen täglich elf Stunden beschäftigt werden, worauf er die Schule seinem Werkmeister Müller zuschob.

Wo bleibt da die Gewerbeinpaltung?

„Bildet Einheitskomitees!“

Die Schweidniger Metallarbeiter fordern Einheitskomitees

Mitgliederversammlung des ADGB in Schweidnig

(Von unserem Betriebsberichterstauffer)

In der letzten Mitgliederversammlung hielt der Geschäftsführer Genosse Hirsch ein ausführliches Referat über „Wirtschaftskrise, Erwerbslosigkeit und Volksentscheid“. Er streifte die Auswirkungen des Dawes-Gutachten, Locarnoakt und Pöllnitz. Am ausführlichsten behandelte er den Volksentscheid und sprach alle Mitglieder dazu an, sich in den Dienst derselben zu stellen. Zu Punkt 2 gab Genosse Hirsch einen Bericht über die jetzt stattgefunden Konferenz in Liegnitz. Diese hatte sich notwendig gemacht, weil die Unternehmer die Verlängerung des Lohnabkommen bis zum 31. März abgelenkt hatten und wünschten, daß das Lohnabkommen bis 20. März läuft, von da ab fundbar mit 7-tägiger Frist. Im Gegensatz bei guter Konjunktur, wo die Herrschaften die getätigten Abkommen nicht langfristig genug haben konnten.

Die Konferenz stellte sich auf den Standpunkt, daß es gleich sei, ob der Tarif von Seiten der Unternehmer am 27. Februar abläuft oder am 31. März. Für Lochnabbau sei die Situation günstiger im Februar als April, wenn die Erwerbslosigkeit weiter steigt. Zum Ausdruck kam auf dieser Konferenz, jegliche Lohnherabsetzung mit allen gewerkschaftlichen Mitteln zu verhindern. Bei Punkt 3 gab Genosse Hirsch den Rassbericht vom 4. Quartal 1925. Hier war wiederum eine Aufwärtsentwicklung in finanzieller Hinsicht und auch in der Mitgliederbewegung zu verzeichnen. Dem Rassierer wurde Entlastung erteilt. In Punkt 4. Berichtigtes, waren von Wichtigkeit folgende Anträge, welche von der Versammlung einstimmig angenommen wurden. zunächst 2 Anträge an den Ortsausschuß des ADGB. Schweidnig:

1. Ein Einheitskomitee herzustellen zwischen Ortsausschuß, SPD. und RBD. bezüglich Volksentscheid.

2. Eine gemeinsame Erwerbslosenkundgebung stattfinden zu lassen, an welcher sich die Kollegen aus den Betrieben beteiligen sollten und die Erwerbslosen von Stadt und Land.

Weiter folgenden Antrag an den Vorstand des ADGB und an den Vorstand des RBD. sofort einen Erwerbslosenstreik auf gewerkschaftlicher Grundlage einzuberufen, der unter anderem zu wirtschaftlichen und politischen Fragen Stellung nehmen soll.

Nochmals noch einige weniger wichtige Fragen zur Beratung standen, was Schluß der gut bejubelten Versammlung. Bemerkenswert ist noch, trotzdem es im Saale außerordentlich laut war, hielten alle Kollegen und Kolleginnen bis zum Schluß der Versammlung aus.

R. S.

Die berheblichen SPÖ-Junktionäre

Ortsausschlagsitzung des SPÖ. Schweidnig

(Von unserem Betriebsberichterstauffer)

Am 17. Februar 1926 fand die Generalkonferenz des heutigen Ortsausschusses statt, an welcher fast alle Delegierten anwesend waren. Den Rassbericht gab Kollege Ruhel, an diesen schloß sich der Jahresbericht des Vorstandes an und der Bericht der Rechenschaftsberichter. In der Diskussion stand Genosse Hirsch, welcher auf Mängel im Ortsausschuss hinweist und verlangt, man solle mit dem Gelde des Ortsausschusses nicht so leichtfertig umgehen, man solle es im Interesse der Gewerkschaften verwenden zur Agitation, zur Ausbildung von Funktionären, zu Bildungsmedien usw., statt es aufzugeben. Es gehe nicht an, daß der Ortsausschuss bedeutende Summen von den Organisationen beziehe, aber die Arbeit überlässt man den einzelnen Vorständen. Die Gewerkschaftsmitglieder sind nicht gegen Beitragsentnahmen, wenn ihnen etwas für ihr Geld geboten wird. Wie es bisher gewesen ist, kann es nicht weiter gehen. Der Vorstand verlangt wohl Belehrung.

Jedemal hat der größte Teil der Mitglieder des Ortsausschusses aus den letzten Jahren nichts gelernt, vielleicht lernt man, wenn man ebenfalls 1 Jahr erwerbslos ist, daß die Arbeiter zusammengehören.

Zum zweiten Antrag wurde erklärt, daß Vorarbeiten zu einer Erwerbslosenkundgebung getätigkt würden und wenn es notwendig sei, würde man eine Demonstration einberufen.

Es gab hier wieder Gewerkschaftler, welche Angst hatten, mit den Erwerbslosen auf die Straße zu ziehen.

Einige weniger wichtige Angelegenheiten fanden schnell ihr Ende. Gesagt soll nur zum Schluß noch werden, daß wir uns das Verhalten einiger Ortsausschusshauptfunktionäre merken werden, um es ihnen bei passender Gelegenheit unter die Nase zu reiben. Es wird an den Gewerkschaftsmitgliedern liegen, Kollegen in den Ortsausschuss zu senden, welche glauben, dort die SPÖ zu vertreten, sondern werden sich oppositionelle Gewerkschaftler wählen müssen, die gewillt sind, auch gegen den Willen der Führer an der Herstellung der Gewerkschaftseinheit und überhaupt an der Schaffung einer Einheitsfront aller Werktagen zu arbeiten; deshalb ist es notwendig, daß jeder Arbeiter Mitglied einer freien Gewerkschaft wird.

R. S.

Abbildung! 28. Februar
2112 Funktionäre, Zellen, Obrente, B.Z.-Mitglieder müssen
Dienstag, 28. Febr., abends 7 Uhr
in der Funktionierung im Bergkeller,
Ortsgruppe Görlitz, erscheinen.
Bertreter vom S.A. antwendend
Mitgliedsbuch vorzeigen!

Brutale Ausbeutung der Holzlandsarbeiter
Großiole Entlassung bei Minnahme von Holzabfällen

(Von einem Arbeiterkorrespondenten.)

Die in Osowik beschäftigten Holzlandsarbeiter müssen beim Pflicht für einen Stundenlohn von 55 Pf. arbeiten. Also unter dem Tasse. Eine Laufstunde bekommen wie vergütet, müssen aber davon 1,50 M. für die Straßenbahn ausgeben und haben trotzdem noch ein ziemliches Ende nach dem Wald zu laufen. Da das Holz haufenweise im Walde umherliegt, nahmen sich eisige Genossen ihre Rucksäcke voll mit. Das mitgenommene Holz besteht aus total verfaultem Stoffen. Am 19. 2. erschien der Bürschke Herr Metzler auf der Baustelle und sagte: „Wer sich von heute ab noch einmal erlaubt, Holz legischer Art, und sei es nur, aus dem Walde mit nach Hause zu nehmen, der wird wegen Diebstahl sofort entlassen!“ Denk' Herr Inspektor Stolle wäre heute morgen um 9 Uhr nach eisigen Baubuden gesommen und hätte bei dieser Gelegenheit volle Rucksäcke vorgesundet. Von 8,30 bis 9 Uhr ist Frühstück und da haben sich gewiß einige Arbeiter während ihrer Pause die Rucksäcke mit dem verfaulten Holz gefüllt. Wer also ein wenig Holzabfall mitnimmt, um seine feste Bebauung zu heben, der fliegt aufs Pfosten. Die Stadtbaupolizei, die seit Jahr und Tag durch sozialistische Korruptionslande, siehe Mayr, Gangel und Paul, geschädigt wird — geht pleite, wenn ein armer Teufel ein Stück Holzabfall mitnimmt. Diese Entlassungsdrohungen longeishen wieder einmal den guten Geist der städtischen Verwaltung.

Gehstagerennen im Rundfunk

Ein Arbeiter schreibt uns: Am 26. Januar 1926 habe ich die Schlesische Kunststunde per Postkarte angefragt, warum sie nicht auf die Idee gekommen ist, das Gehstagerennen in Berlin täglich des Abends eine Stunde auf sämtliche Sender zu übertragen, damit die Hörer mal was Neues zu hören bekommen. Ferner erfuhr ich die Schlesische Kunststunde, dies in Breslau beim Gehstagerennen nachzuholen und das Radrennen in der Jahrhunderthalle allabendlich eine Stunde zu übertragen. Drittens erfuhr ich um regelmäßige und ausführliche Sportberichte. Viertens regte ich regelmäßige Vorträge über Büchern an. Fünftens verlangte ich einen Vortrag von Herrn Tönies über Auswanderung.

Auf diese Fragen erbat ich Antwort in dem Organ „Schlesische Kunststunde“. Ich habe die letzten drei Nummern durchgelesen, aber nicht eine einzige Frage war beantwortet. Wohl aber waren halbtags Berichte über die neuartige Übertragung des Radrennens im Rundfunk zu lesen, Zeitungsartikel in allen Zeitungen hier und auswärts, durch Anfrage vom Sender wurde eine riesige Ressame gemacht, ohne natürlich meinen Namen zu nennen. Man hat schöne Geschäfte durch mich gemacht, neue Hörer gewonnen, Zuschriften dankbarer Anerkennung, Telegramme aus allen Weltgegenden kommen zu Händen an, aber mir ist hat die Schlesische Kunststunde vergessen. Ich dachte durch meine Idee und Unregung etwas zu verdienen. Meine Beschwerde an die Schlesische Kunststunde blieb unbeantwortet. Nun frage ich die Kunststunde an: Warum antwortet die Schlesische Kunststunde mir nicht, während sonst alles Mögliche und Unmöglich bearbeitet wird? Ist das der Dank, daß die Hörer dort Ruhen aus meiner Idee ziehen? Wer hat meine Postkarte verwertet und wer hat sie verschwinden lassen, nachdem man aus dem Inhalt Ruhen gezogen hat? Warum schmält sich die Schlesische Kunststunde mit fremden Gedanken? Warum antwortet Herr Direktor Vogt nicht (Uraland?) Ist das reell? Wem soll man noch trauen? Warum solche Magistraturen? Müssten das nur gelehrte Herren sein, kann nicht mal ein armer Teufel eine gute Idee haben? Muß man an die Schlesische Kunststunde alle Postlagen eingeholt haben oder persönlich hinkommen? Hat nicht auch die Sportarten durch meine Idee viele Bezieher bekommen?

Breslauer Volksbühne. Zu dem am 22. d. M. im großen Konzertsaal stattfindenden Volksbüchlichen Orchesterkonzert unter Leitung von Kapellmeister Behr, bei dem Werke von Gustav Mahler, Richard Strauss und Paul Hindemith zur Aufführung gelangten, erhalten die Mitglieder der Volksbühne sehr ein möglichst Eintrettskarten zum Einheitspreis von 1 M. in der Geschäftsstelle, Albrechtstraße 32.

Görlitz

Ein Agitations- und Propagandabüro

Die Durchführung des Volksentscheides hat der Unterbezirk Görlitz der KPD in Görlitz im „Festenkeller“, Sozialstraße 5 eingerichtet. Das Büro ist geöffnet von 9—7 Uhr, auch Sonntags. Fernruf 1043. Referenten für Versammlungen sowie Propagandamaterial in Stadt anzufordern. Sämtliche erwerbslose Genossen müssen sich täglich dem Büro zur Verfügung stellen.

Wohnungsfragen in der Stadtverordnetenversammlung
45 neue Wohnungen für 1200 wohnungsbedürftige Familien

Görlitz, 21. Februar.

In der letzten Sitzung standen der Wohnungsbau und die Sozialfürsorge im Mittelpunkt der Verhandlungen. Für die Beschaffung von Arbeit für jugendliche nicht unterrichtungsberechtigte Arbeitssuchende wurden 2000 M. für die Opfer des Krieges 10 000 M. bewilligt.

Unser Genossen stimmten aber gegen die Bewilligung von 1500 M. zur Beschaffung von Bittbögen für die Kriminalpolizei. Genoss Ulrich empfahl, die Bittbögen einer Kommission zu überweisen, die mit diesen Rücken absindet sollte.

Für den Wohnungsbau wurden 250 000 M. als Kredite bewilligt gegenüber 1 000 000 M. im Vorjahr. Dafür sollen zunächst 45 Wohnungen gebaut werden. Dach gibt es 1200 wohnungsbedürftige Familien in Görlitz. Die neuen Wohnungen sind dabei noch leicht teuer, 400 bis 500 M. für eine Wohnung gilt als billig. Der Magistrat teilte dazu mit, daß Görlitz 1925 für den Wohnungsbau 100 000 M. an das Reich abgeführt und nur 37 000 M.

rote Sammellisten

„Für den Kampf gegen das Kapital. Sie fordern vom Volke Arbeit, Freiheit und Frieden.“

Witten, 22. Februar.

Während ein Teil der sozialdemokratischen Propaganda vor allen Dingen die „Sammelwoche“, der Wahlkampf über die Verleihung verbreitet, daß in den kommunistischen Sammellisten von einem „gemeinsamen Sammelfonds“ die Rede wäre, sieht sich ein anderer sozialdemokratischer Blatt, „Der Proletarier aus dem Oberschlesien“, veranlaßt folgende Bekanntmachung zu erlassen:

*

Natürlich!

Noch einmal: Sammellisten, Volksbegehren, Volksentscheid

Veranlaßt durch das schwedelhafte Auftreten der hiesigen Ortsgruppe der Kommunistischen Partei, die mit falschen Sammellisten an die Wählerchaft, in den Betrieben, den Versammlungen und in den Wohnungen herantritt, weichen wir noch einmal darauf hin, sich bei Vorlegung der Sammellisten dieselben genau anzulehnen.

Die Sammellisten der Sozialdemokratischen Partei haben schwarze Schrift und folgende Überschrift:

„Für Volksbegehren, Volksentscheid“
 mit entschuldigungslosen Enteignung der Fürsten.

Sammeliste Nr. . . .

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
 Bezirk Breslau-Mittelhessen

und tragen ferner den Stempel des Bezirksvorstandes.

Die Sammellisten der Kommunistischen Partei sind doppelt so breit als die der SPD, und haben in bisher roter Schrift folgendes großen Text am Kopfe:

Sammeliste Nr. . . .

für die Durchführung des Volksentscheids zur Fürstenabschaffung. Gegen die unverschämten Forderungen der Fürsten — die insgesamt etwa 3 Milliarden Abfindung fordern — ist ein Gesetzentwurf für die Enteignung der Fürsten gemeinsam von der

Kommunistischen Partei und der Sozialdemokratischen Partei eingereicht worden und ein Volksentscheid verlangt. Alle Werttätigen müssen nach ihren Kräften an der Agitation teilnehmen und den Kampf des Volkes gegen die Fürsten unterstützen.

Kommunistische Partei Deutschlands

Section der Kommunistischen Internationale.

Wir haben bereits wiederholt darauf hingewiesen, daß die kommunistische Liste durch die seit hervorgehobene Zeile mit dem Namen beider Parteien den Eindruck erweckt, als sei sie für beide Parteien. Das ist aber nicht der Fall, das gesammelte Geld, das auf kommunistische Listen gezeichnet wird, geht ungekürzt in die kommunistische Partei kasse und nur das auf die sozialdemokratischen Listen gezeichnete Geld in die sozialdemokratische Partei kasse.

Wir fordern darum alle Parteigenossen auf, genaueste Aufklärung über die Sammellisten zu verbreiten und überall die Listen unserer Partei in Umlauf zu bringen. Die Sammlungen sollen und müssen getrennt und mit größtem Eifer getrieben werden. Freunde und Förderer unserer Partei, lohnt euch durch die Sammellisten der kommunistischen Partei nicht irrführen, sondern zeichnet euren Beitrag auf der Sammelliste der

Sozialdemokratischen Partei.

*

Wir begrüßen es, daß der „Proletarier“ durch die Veröffentlichung beider Listen den Nachweis führt, daß der Text der kommunistischen Sammellisten vollkommen klar und eindeutig ist. Es ist n. die Rede von einem gemeinsamen Gesetzentwurf. Wenn der „Proletarier“ aus der Unterstreicher und Hervorhebung dieser leichten, für die gesamte Arbeiterschaft bedeutamer Tatsache ein Verbrechen macht, so richtet sich eine solche lächerliche Behauptung von selbst. Die Schlussätze der Bekanntmachung unterstreichen wir. Die Sammlungen müssen mit größtem Eifer durchgeführt werden. Die Arbeiter dürfen nicht auf die schwarzen, sondern nur auf die roten Listen zeichnen. Diese allein bieten die Gewähr dafür, daß die gesammelten Arbeitergroschen restlos zum Kampf gegen das Fürstenpad Verwendung finden.

zurüderhalten habe. Das bezeichnet der Magistrat mit Recht als unhalbar, und er ist daher bei der Regierung dieserhalb vorstellig geworden — für den Straßenbau in der Gegend der Winterfeldstraße wurden 78 000 M. bewilligt.

Den Antrag betreffend Speisung hilfsbedürftiger Kinder suchten unsere Genossen zu verbessern, indem sie die Kinder der Erwerbslosen in die Speisung einzubeziehen wollten. Leider standen sie mit ihren Vorschlägen ganz allein da.

Die Inhaber von E.R.-Karten erhalten neben einigen anderen Vergünstigungen eine einmalige Beihilfe von 3 M. für Sedige, 6 M. für Beherirate und 1 M. für jede weitere Person im Haushalt.

Ein Antrag Höhne (SPD) verucht, diese Beihilfen auf die Erwerbslosen auszudehnen. Der Magistrat erklärt dies für gesetzlich ungültig.

Genoss Ulrich trat in wiederholten Ausführungen immer wieder für den Antrag Höhne ein. Nach der Weimarer Verfassung sei jedem Deutschen ein austümlicher Lebensunterhalt verpflichtet. Andere Städte hätten vor dem Magistrat angezogenen Ministerialerlöse Beihilfen für die Erwerbslosen bewilligt.

Dem „Demokraten“ Weil, einem Fabrikbesitzer, der ganz besonders energisch gegen diese Fürsorge für die Erwerbslosen auftrat, wies Genoss Ulrich nach, daß die Unternehmer für Abbau ihrer Steuern und für Sparsamkeit in der sozialen Fürsorge auf ihren Tagungen eintraten. Herr Weil gab das auch durch freudigen Zursch zu.

Der Antrag Höhne verfällt mit 22 gegen 20 Stimmen der Abstimmung. Zu den Abstehenden gehört auch das Zentrum mit dem Pfarrer Scholz.

Ein Antrag der Kleinrentner-Organisationen, die Regierung um Vorlegung eines besonderen Gesetzes für die Kleinrentner zu eruchen, wird gegen die Stimmen unserer Genossen und der Sozialdemokraten angenommen.

Mit Recht sind die Abstehenden der Meinung, daß in der jetzigen Zeit keine Interessengruppe der Besitzenden Anspruch auf besondere Rücksichtnahme zu beanspruchen hat gegenüber den anderen Armen und Elenden.

Hausbesetzer Witten. Am 16. Februar versteigerte die Polizei gegen 12 Uhr den Wittenbergischen Bahnhof eines unbekannten Eigentümers. Die Zahl, die dem Wittenberger Eigentümer zugesetzt wurde, ist 1,00 bis 1,50 Meter hoch, bei dem Betrieb, soviel ich weiß, keinem Rechte, und einer unbekannten Maßzahl, welche ich nicht wissen kann. Dieser Bahnhof ist sehr klein, unbekannter Name, unbekannter Eigentümer, unbekannter Witterungs- und sozialer Zustand. Einige Jahre ist er leer, unbekannter Name, unbekannter Eigentümer, unbekannter Zustand. Der Wittenberger Bahnhof liegt zur Gänze leer aus. Personen, die über die Zeit zwischen 1920 und 1924 wohnten, werden hier bei bestätigen, daß sie keinen Wohnungspalast, Zimmer 24 (Wohnungsbau), haben.

Die Bedeutung des Wörtchens „Jah“. Im weiteren Verlauf über die Wohlfahrtspflege am Dienstag, dem 16. Februar ist der Begriff „Jah“ zu hören: „Die Röthke wird nicht gehabt!“ Letztlich ist mich das immer gehetet. Im Drange der Röthke wurde bei der Herstellung der Zeitung das Wort „Jah“ vergessen. Wie das Jämer gehetet wird, erkennt man daraus, daß die Kollegen denselben in dem kleinen Wagen gewungen waren, zur Anhafung von Eisenmaterial unterschender Geld zu kommen.

Die Folgen der Erwerbslosigkeit

Die Hausbesetzer und das Hausleerertum haben infolge der großen Erwerbslosigkeit in unserer Stadt einen nie gesehenen Höhepunkt erreicht. Wer zu Hause zu arbeiten hat (Hausarbeiter, Schneider usw.), wird jeden Augenblick herausgeworfen. Meistens sind es Männer, junge oder alte, die Schnürschnüre und ähnliches anbieten oder auch ganz offen bestellen. Gu geleierte, oft fröhliche Angestellte oder Kaufleute, sind ziemlich häufig unter ihnen. Kein Willensloser fliegt für sie wenig Jörd, da das Dienstpersonal sie kurz abweist. So gehen sie eben in die Wohnhäuser: zum Protesten, der oft selbst arbeitslos oder Kurzarbeiter ist.

Häufig sind auch die Hausläger mit ihren Vollständen. Ost hört man auch: „Herr, meine Seele harre des Herrn!“ „Ich biete an die Macht der Liebe!“ „Lobe den Herrn!“ und „Nun danket alle Gott!“. Keiner singt: „Wacht auf, Verdammte dieser Erde!“

Die Literaturkollekte des I.P.D. höchst dringend eracht, Schriftsteller bitten wir um Conto-Zahlungen zu leisten.

Swertia C.-P. Berichtigung. Die in Nr. 30 dieser Zeitung vom 3. Dezember 1925 gegen Herrn Pfarrer Blasius erhobene Anklage und Bekämpfung bedarf auf unwohnen Angaben und wird zurückgenommen. Maria Brodak, geb. Sperlich, Fabrikarbeiterin.

Hirschberg. Einheitsfront gegen die Fürsten. Abfindung. Am letzten Sonntag hatte die SPD zu einer Demonstration gegen die Fürstenabschaffung aufgerufen. Rote Frontkämpfer und Parteigenossen aus Hirschberg und Petersdorf beteiligten sich an der Demonstration, um auf diese Weise zu zeigen, daß sie eine gemeinsame Kampffront aller Proletarien gegen das Raubgeld der Fürsten schaffen wollen. Charakteristisch für die Angst der reformistischen Führer von der Einheitsfront des Proletariats ist die Tatsache, daß die Leiter der Demonstration, als ihnen die Wölfe unserer Genossen bekannt wurde, diesen zumuteeten, sie sollten sich in einem Abstand von 200 Metern hinter den marschierenden Reichsbanner- und SPD-Leuten bewegen (wie könnten ja sonst die Reichsbannerleute sozialistisch verdeckt) und sie selbst gegen die Reichsbannerleute vorsätzlich wehrten sich unsere Genossen gegen eine solche Zumutung und erreichten, daß Rote Frontkämpfer und Parteigenossen im Zug mitmarschierten. Weit über 500 Arbeiter ließen es sich nicht nehmen, unter dem roten Banner der Kommunisten und Frontkämpfer zu marschieren. Ein alter Reichsbannermann erklärte wütend: „Eure ist die richtige Fahne.“ Die Demonstration der Frontkämpfer, die zum ersten Male in Hirschberg geholt wurde durch die Stadt marschierten, machte auf die Arbeiterschaft einen nachhaltigen Eindruck.

Marxista. Die Kirche hat einen guten Magen, das zeigt sich auch in unserer Gegend. Arbeitslose Proletarier, die von der elenden Unterstützung kaum leben können, werben in unehörter Weise zu den Kirchensteuern herangezogen. Ein kleiner Landwirt, der nur zehn Morgen besitzt, soll, obwohl er Frau und drei Kinder zu ernähren hat, 22 Pf. Kirchensteuer bezahlen. Ein Arbeiter, der höchstens hunger, Frau und Kind hat, soll 3 Pf. bezahlen. Deshalb, Proletarier, verweigert diese Kirchensteuern, trete aus der Kirche aus.

Sagan. Erwerbslosenbewegung in Sagan. Die Arbeitslosenziffer in unserem Ort ist in steilen Steigen begriffen. Da die Forderungen der Erwerbslosen auf Wirtschaftshilfe, bessere Versorgung mit Milch, Brot, Feuerzeug usw. von den zuständigen Stellen nicht berücksichtigt wurden, demonstrierten die Arbeitslosen am vergangenen Freitag vor dem Rathaus, in dem zu diesem Zeit eine Stadtverordnetenversammlung tagte. In dieser stand der Antrag der Erwerbslosen sowie ein gleichlautender von der KPD-Faktion gestellter zur nochmaligen Beratung. Da man sich nicht einig wurde über die Beifassung der Mittel, wurden die Anträge verlegt und beschlossen, in die am nächsten Freitag stattfindende Sitzung die ganze Sache zu behandeln. Wir sind überzeugt, die ganze Forderung abzulehnen, man sah sich gezwungen, die Sache zu vertagen, um ihr in nächster Zeit näherzutreten.

Ein 65jähriger Arbeiter in Rositz erhält keine Rente

(Von unserem Landarbeiter-Korrespondenten.)

Ueber das Landarbeiterleben ist schon viel geschrieben worden. Haben schon die jungen Kollegen, welche noch im Besitz ihrer vollen Arbeitskräfte sind, unter der Rute der Agrarier viel zu leiden, so spottet die Behandlung der Alten, welche ihre Arbeitskraft in der Form der Ausbeutung gelassen haben, jeder Beschreibung. Von einer reellen Bezahlung kann gar keine Rede sein. Man bedenke, daß der Lohn des Landarbeiter soviel höher ist als der Gehalt eines Landarbeiter verdient gegenwärtig 4,50 M. wöchentlich und Deparat.

Wie mit alten Kollegen herumgeprungen wird, soll ein Beispiel zeigen. In Rositz Kreis Löbau lebt der 65 Jahre alte Landarbeiter Paul Siebulla Anfang Juni durch die Gutsverwaltung Rositz Antrag auf Altersrente stellen. Er hatte bis Januar keinen Bechein zu kümmern. Deshalb wandte er sich einige Male an den Inspektor. Dieser vertröstete ihn immer von einem zum anderen. Als es ihm zu hart wurde, wandte er sich an mich, und ich machte ihm zwei Besuche an die Landesversicherung. Erst beim zweiten Gespräch stellte es sich heraus, daß der Antrag gar nicht abgelehnt worden ist. Die Rüthen lagen wohlverwahrt in der Tasche im Regal.

Genau so war es mit den Unfällen welche er erlitten hatte; sie waren gar nicht angemeldet oder soviel, daß es einen Haufen Schreibereien machte, ehe er in den Besitz der Unfallsrente kam. Der Gutsbesitzer hat seine Gründe, diesen alten Leuten die Rente zu hinterstreichen. Belohnen sie 25 M. Rente, dann brauchen sie nicht mehr soviel zu schaffen, und er verliert die billigen Arbeitskräfte.

Daran, Landproleten, hinein in den D.L.B., dies ist eine einzige Waffe. Bedeutet, daß auch ihr einmal alt werden, und falls ihr in einem Verbande, dann seid ihr schwäbisch den Agrarier ausgeliefert.

